

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
 MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Ercheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
 Verantwortlich für die Redaktion: U. Lanke, Berlin NW 40,
 Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Conia 8462 u. 4934.

Verlag: U. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
 Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
 Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt
 Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Das Parlament der Einheitsorganisation

(Telegraphischer Bericht.)

Die Waffenschmiede des Hamburger Proletariats trägt Festschmuck. Von ihren Türmen flattern lustig die Fahnen im kühlen Herbstwind. Ein großer Tag ist in der Geschichte unserer Einheitsorganisation der 21. September. Ueber der Zugangsstraße zum Gewerkschaftshaus kündigt eine auf Masten gespannte Ehrenpforte unseren zweiten ordentlichen Verbandstag der Öffentlichkeit an. Viele Delegierte sind bereits im Laufe des Vortages eingetroffen. Hamburg lockte sie mit seinem charakteristischem Städtebild. Die große Hafensstadt. Die vielen Ozeandampfer und die besonderen Reize der großen Handelsmetropole an der Wasserkante. Wer will sich dann nicht einige freie Stunden nehmen?

Viele unserer Vertreter sind sich fremd. Das Band der Freundschaft wird erst im Laufe der Tagung gefaltet. Früher marschierten sie getrennt, aber alle dem gleichen Ziele entgegen: der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus. Jetzt helfen sie in der Einheitsorganisation gemeinsam recht bald das Endziel zu erreichen. So muß es sein, wenn wir mit vereinter Kraft über die verheerende Wirtschaftskrise hinwegkommen wollen und wenn uns die Unternehmerreaktion die im zähen Kampfe erreichten Errungenschaften nicht rauben kann.

Die Begrüßung alter Bekannter will kein Ende nehmen. Stark sind die ausländischen Bruderorganisationen vertreten, am stärksten wiederum die Skandinavier. Der internationale Sekretär, Freund Schifferstein, überragt seine Gefolgschaft um einige Kopfschlagen, und mancher Delegierte bleibt im Körpermaß ihm gegenüber weit zurück.

Der stolze Bau des Gewerkschaftshauses wird von allen bewundert. Die Delegierten haben ein Recht darauf stolz zu sein, denn der Gründer der Waffenschmiede, unser leider viel zu früh verstorbenen Kollege Kretschmer, zweiter Vorsitzender des Bäcker- und Konditorenverbandes, ging aus unseren Reihen hervor.

Im schmucken Musiksaal versammeln sich die Delegierten zur Tagung. Hier hat der Verbandsvorstand eine Ueberraschung vorbereitet. Das neue Verbandsplakat, ein von Professor Sandkuhl-Berlin angefertigtes Kunstgemälde, umrahmt von Grün, ziert die Bühne. Ein neuer Gedanke wird in dem herrlichen Gemälde zum Ausdruck gebracht. Das Symbol der Solidarität, durch die Schaffenden in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie bei einer Demonstration.

Der Verbandstag ist eröffnet. Kollege Bäckert begrüßt die Vertreter des In- und Auslandes, der Behörden, des Ortsausschusses auf das herzlichste. Vom Senat der Stadt Hamburg war Genosse Ehrenteit, Vorsitzender des Ortsausschusses Hamburg, erschienen. Er wünschte der Tagung die besten Erfolge. Oberregierungspräsident Kürbis von Schleswig-Holstein und Polizeipräsident Kollege Eggerstedt-Altona begrüßten die Tagung herzlich. Für die in großer Anzahl erschienenen ausländischen Delegationen überbrachten Glückwünsche: Hartmann-Kopenhagen, Savoie-Paris, Hoog-Amsterdam. Der internationale Sekretär Schifferstein spricht die Erwartung aus, daß die Gewerkschaftsbewegung die Kraft aufbringen wird, ihre Macht national und international zu stärken, um die Weltwirtschaftsmisere mit Erfolg zu bekämpfen. Ge-

nosse Eggert vom ADGB, spricht die Hoffnung aus, daß das 5-Millionen-Heer der freien Gewerkschaften in dieser ersten Zeit mehr als je bestrebt ist, alles einzusetzen, um die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften und die Demokratie zu verteidigen.

Nach den mit begeistertem Beifall aufgenommenen Begrüßungsansprachen wurden zur Leitung des Verbandstages die Kollegen Fik vom Verbandsvorstand, Hodapp, Berlin, und Höhle, Hamburg, als Vorsitzende, Kleinfeld, Königsberg i. Pr.; Schumann, Neuß; Weigang, Würzen; Fries, Landshut i. B.; Kockrohr, Lübeck, und Müller, Frankfurt a. M., als Schriftführer gewählt.

Erledigung fand noch die Wahl der Mandatprüfungskommission, der Statutenberatungskommission und der Beschwerdekommision. Darauf vertagte sich der Verbandstag auf Montag, den 22. September.

Von unserer Hamburger Ortsgruppe wurde zu Ehren der Delegierten im großen Saale ein Kommerz gegeben. Unser Kollege Höhle, Bezirksleiter, begrüßte die Delegierten im Auftrage der Ortsgruppe Groß-Hamburg. Was die Hamburger Kollegenchaft in ihrem 45-jährigen Kampf zum kulturellen Aufstieg der Berufskollegen geleistet hat, sei allen aus unserer Verbandsliteratur bekannt. Von Hamburg aus erfolgte in vielen Berufen die Antriebskraft zur Sammlung der Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Vereinigungen. Das Unternehmertum kennt unsere Macht und es weiß, daß wir in jedem Stadium bereit sind, den Kampf gegen jede Verschlechterungsbestrebungen aufzunehmen. Wir sind stolz, daß der Verbandstag in der Waffenschmiede der Hamburger Arbeiterchaft stattfindet und wünschen der Tagung besten Erfolg. Prächtige künstlerische Darbietungen der Stadttheaterkapelle fanden bei allen Teilnehmern stürmischen Beifall.

Der Auftakt zum Verbandstag läßt die berechtigten Hoffnungen aufkommen, daß die Tagung in sachlichster Weise, getragen von dem Ernste der gegenwärtigen Zeit zu Ende geführt werden wird. Zu Experimenten, wodurch die Organisation auf die schiefe

Ebene geraten könnte, werden die Delegierten sicher die Hand nicht bieten.

Am zweiten Verhandlungstag begann der Vorsitzende, Kollege Bäckert, mit dem Geschäftsbericht. Ihm folgen die Berichte des Kassierers, des Redakteurs und Vorsitzenden des Verbandsausschusses.

Bäckert, Verbandsvorsitzender, weist in seinem Bericht einleitend auf die bedeutenden Arbeiten hin, die durch die Fusion nötig waren. Der Apparat spielte sich reibungslos ein, wodurch auch in kurzer Zeit eine starke Aufwärtsbewegung eintrat. Während der Geschäftsperiode wurde ein Kartellvertrag mit dem Fabrikarbeiter-Verband abgeschlossen, der bestandene Vertrag der Maschinisten und Heizer erneuert, die Verkäuferinnenfrage in den Genossenschaftsleischereien mit dem ZdA. geregelt. Bestrebungen, auch mit anderen Organisationen eine Regelung herbeizuführen, seien im Gange. In der allgemeinen Agitation wurden bedeutende Aufwendungen gemacht. In der Jugendbewegung wurden gute Fortschritte erzielt; die Herausgabe der „Jugendwacht“ hat viel dazu beigetragen. Wahrzunehmen ist, daß die Verbearbeit in den handwerksmäßigen Betrieben ungleich schwieriger ist als in Großbetrieben. Dauererfolge hängen niemals von der allgemeinen Konjunktur ab. Seit der Fusion haben sich im Wirtschaftsleben gewaltige Änderungen vollzogen. Die Arbeitslosenziffer ist im Verband von 7000 auf 20 000 gestiegen, die Kurzarbeit hat stark zugenommen. Die Steuer- und Zollbelastung auf Nahrungs- und Genussmittel führte zu katastrophalem Produktionsrückgang, der noch durch die vorhandene Arbeitslosigkeit begünstigt wird. Die Liebesgabenpolitik für die Landwirtschaft durch die künstliche Steigerung der Getreidepreise hat in der Mühlenindustrie furchtbar gewirkt. Auf der anderen Seite ist mit Riesenschritten die Zahl der Maschinenbetriebe gestiegen, Erscheinungen, die unseren Aufstieg stark hemmen mußten. Neben der zunehmenden Rationalisierung macht sich stark die rückläufige Entwicklung der Konsumkraft bemerkbar. Dennoch wird vom Unternehmertum mit verstärktem Druck auf den Lohnabbau hingewirkt. (Fortsetzung folgt.)

Nach den Wahlen

Der Ausgang der Reichstagswahlen ist der Regierung Brüning-Stegerwald schlecht bekommen. Verbeult und zerschunden kehrt sie aus der Schlacht zurück und kann nunmehr feststellen, daß ihre Gesolgmannschaft so dezimiert wurde, daß an ein Weiterregieren nicht mehr gedacht werden kann. Während der Regierung bei der Auflösung nur 15 Stimmen zur Mehrheit gefehlt haben, hat sie jetzt mit 158 fehlenden Stimmen zu rechnen. Noch keiner Regierung ist es so schlecht gegangen wie dieser, denn die übergroße Mehrheit der Wählerschaft hat ihr deutlich zu verstehen gegeben, daß sie mit den Regierungsmaßnahmen nicht einverstanden ist. Das große Geschrei über die Bekämpfung des Marxismus ist verstummt, und alle bürgerlichen Parteien, die mit der größten Demagogie den Kampf gegen die Sozialdemokratie führten, bleiben dezimiert auf dem Schlachtfelde.

Die Zentrumsparlei mit den christlichen Gewerk-

schaften unter Borantritt ihrer Tageszeitung „Der Deutsche“ hat sich die redlichste Mühe gegeben, der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften eine gründliche Niederlage zu bereiten. Das Ergebnis ist, daß die Sozialdemokratische Partei als der stärkste Stützpfiler der Republik aus der Wahlschlacht hervorging. Ihr Aufstieg war nicht immer gradlinig, auch bei früheren Wahlen mußte manche Niederlage gebucht werden. In Anbetracht der Riesenhöhe gegen sie ist der kleine Rückgang an Wählerstimmen und Mandaten von untergeordneter Bedeutung. Wohl ist richtig, daß die große Masse der politisch Indifferenten, der jugendlichen Wähler denjenigen Parteien das größte Vertrauen schenken, von denen ihnen am meisten versprochen wurde. So konnte es möglich sein, daß die Nationalsozialisten eine Zunahme an Stimmen wie an Mandaten zu verzeichnen hatten, wie sie in der politischen Geschichte unbekannt

Ist. Von einer natürlichen Erscheinung kann jedoch keine Rede sein. Es ist die Folge der in den letzten Jahren von der Kapitalistenklasse betriebenen Raubpolitik gegen das schaffende Volk. Die getroffenen Maßnahmen zogen weite Kreise in das wirtschaftliche Elend herab und führten sie den extremen Flügelparteien zu. Das reaktionäre Bürgertum hat sich mit seiner volksfeindlichen Politik selbst die Niederlage bereitet.

Jetzt bemühen sich die Führer der bürgerlichen Parteien wieder, ein gutes Wetter bei den Sozialdemokraten anzuhalten, weil es ihnen nicht möglich ist, den tief im Schlamm steckenden Karren allein wieder flott zu machen. Die freien Gewerkschaften erwarten bestimmt, daß nur unter gewissen Garantien der Eintritt in die Koalitionsregierung vollzogen werden kann. Die Gewerkschaften haben ein Recht auf diese Forderung, und für sie würde es untragbar sein, wenn ihre politische Interessenvertretung ohne jede Sicherheit den bürgerlichen Parteien Hilfestellung leisten würde. Die Arbeiterchaft hat bei der früheren Koalitionsregierung die schlechtesten Erfahrungen machen müssen; diese dürfen nicht wiederholt werden. Als Vorbedingung zum Eintritt in die Regierung muß unter allen Umständen die Außerkräftsetzung der Notverordnung gefordert werden. Die Sicherung des Bestandes der sozialen Gesetzgebung ist das Nächstliegende. Die Verteilung der Steuerlasten auf die tragfähigen Schultern ist eine Selbstverständlichkeit. Es muß Schluß gemacht werden mit der Liebesgabenpolitik an die Landwirtschaft. Nur unter diesen Voraussetzungen würde es die Arbeiterchaft verstehen, wenn die kommende Regierung mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande käme. Selbstverständlich müssen andere Fragen ernsthaft in Angriff genommen werden, denn die riesig anschwellende Arbeitslosigkeit wird in kürzester Zeit unerträglich werden. Wenn die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht fähig ist, selbst geordnete Verhältnisse zu schaffen, dann müssen Zwangsmaßnahmen erfolgen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen muß unter allen Umständen erfolgen, wenn das Wirtschaftselend eingedämmt werden soll. Wir sind nicht die ersten, die den Eintritt der Sozialdemokratischen Partei von der Annahme eines Mindestprogramms abhängig machen, sondern diese Forderungen sind recht deutlich bei früheren Anlässen erhoben worden. Wird aber diese Vorsicht nicht geübt, so würden die Gewerkschaften es unverständlich finden.

Sie pfeifen auf den Kieler Beschluß

Obwohl die süddeutschen Bäckermeisterinnungen im Kiel mit ihrer Forderung, den 4-Uhr-Arbeitsbeginn zu beschließen, keinen Erfolg hatten, kümmern sie sich nicht im geringsten um die dort gefassten Beschlüsse. In der „Schwäbischen Lante“ erläßt der Vorstand des badischen Bäckermeisterinnungsverbandes einen Aufruf an die Bäckermeister, in dem neben der Aufforderung, daß sie nur den bürgerlichen Parteien der Mitte ihre Stimme am Wahltag geben sollen, auch bekanntgemacht wird: Die Verbandsleitung habe sich mit einer Umfrage an die bürgerlichen Parteien gewandt und um Stellungnahme zu der Forderung des 4-Uhr-Arbeitsbeginns gebeten. Bemerkenswert ist, daß die eingegangenen Antworten befriedigend sind, jedoch für eine Veröffentlichung nicht geeignet erscheinen.

Viel Wert werden diese Antworten der bürgerlichen Reaktion bestimmt nicht haben, sonst würden sie veröffentlicht werden. Für uns ist es aber interessant, zu erfahren, wie die Beschlüsse des „Germania“-Verbandes von den einzelnen Zweigverbänden und Bäckermeisterinnungen respektiert werden. Die sozial rückständigen Bäckermeister in Baden kümmern sich nicht im geringsten darum, sondern sie tanzen ihren reaktionären Reigen dennoch weiter.

Während heute allgemein von den Menschen, die noch über fünf gesunde Sinne verfügen, energisch daran gegangen wird, die unerhörte Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, um dadurch wiederum Millionen von Menschen in den Arbeitsprozeß einzugruppieren, versuchen die badischen Bäckermeister dennoch, das Rad der Zeit rückwärts zu drehen. In der Ermangelung einer sachlichen Tüchtigkeit glauben sie, den nicht existenzberechtigten Zwergbetrieben dadurch Hilfe zu leisten, daß wiederum die große Kulturschande Nachtarbeit Platz greifen soll.

Kein Achtstundenarbeiter

In der Inseratenplantage der Bäckermeisterpresse finden wir immer wieder Stellenangebote von Personen, die nach stolz darauf sind, daß sie die gesetzliche Arbeitszeit nicht einhalten. Wir finden wieder ein Inserat eines tüchtigen, ehrlichen und strebsamen Bäckergehilfen, der voll Stolz ankündigt, daß er kein Achtstundenarbeiter ist.

Der Bäckermeister Biernot, Berlin-Adlon, bemüht sich, für diesen sonderbaren Raub eine Stütze zu finden. Solche Inserate wagen die Unternehmer in einer Zeit zu veröffentlichen, wo in Berlin einige tausend arbeitslose Gesellen vorhanden sind.

Sebastian Laut 25 Jahre Verbandsangestellter

Der Daseinstampf, den die Brauereiarbeiter Ende des vorigen Jahrhunderts noch zu bestehen hatten, verursachte einen sehr starken Verbrauch der führenden Männer. Das Brauereikapital der damaligen Zeit glaubte immer noch an ein vollständiges Niederringen der freien Gewerkschaften. Es schwebte ihnen noch das Verhältnis zu der damals noch in Glorie sich befindenden Bundesgesellenorganisation vor Augen. Diesem Köhlerglauben, der sich in Beeinflussung der Arbeiter durch die Vorderburschen sehr stark bemerkbar machte, mußte mit der größten Entschiedenheit entgegengetreten werden. — Hierzu bedurfte es einer intensiven Aufklärung unter den damals noch sehr indifferenten Brauereiarbeitern.

Wohl hatten die Kämpfe in Frankfurt a. M. in den Jahren 1892 und 1899 manchem dieser Arbeiter die Augen geöffnet, doch nahm man, durch den nicht



sehr günstigen Ausgang dieser Kämpfe, eine abwartende Stellung gegenüber den Leistungen der Organisation ein. Die Unternehmer, unter Zuhilfenahme ihrer damals vollständig bei den Bundesgesellen organisierten Vorderburschen, trugen das mögliche hierzu bei. Manchem Vorderburschen ist diese Hilfe sehr schlecht belohnt worden.

Nachdem durch energische zielbewusste Arbeit, gefördert durch das unsoziale Vorgehen des Unternehmers, die Organisation wieder ausgebaut war, aber an sie seitens der Mitglieder noch große Ansprüche gestellt wurden, konnte diese Arbeit in ehrenamtlicher Tätigkeit nicht mehr bewältigt werden. Der Gedanke reifte, diese Arbeit der Zahlstelle Frankfurt am Main durch einen beruflichen Angestellten erledigen zu lassen.

Im Herbst 1905 schritt man zur Verwirklichung dieses Planes, und von den drei Bewerbern fiel die Wahl auf Kollegen Laut, der eine bekannte Persönlichkeit unter den agitatorisch tätigen Kollegen war. Auch er mußte die Wut der Brauereigewaltigen über sich ergehen lassen. Durch den nicht glücklich ausgegangenen Streik der Brauereiarbeiter 1899 waren für ihn auch vorläufig die Pforten der Brauereien geschlossen. Nach kurzer auswärtiger Tätigkeit gelang es ihm wieder, in Frankfurt a. M. Arbeit zu finden. Als Vertreter unserer Organisation fand er ein großes Arbeitsgebiet vor, denn es galt nicht nur innerhalb Frankfurts Mitkämpfer zu sammeln, sondern die Stärkung unserer Bewegung in der weiteren Umgebung war eine dringende Notwendigkeit.

Sein schlichtes, ruhiges, aber doch zielbewusstes Benehmen machte sich in der Zunahme der Mitglieder sehr bald bemerkbar. Wenn auch die Unternehmer durch die praktische Erfahrung gelernt hatten, so hat unser Jubilar wesentlich dazu beigetragen, daß auch sie ihre Achtung der Organisation nicht verschließen konnten.

Seine Tätigkeit hatte den Erfolg, daß bei Ausbruch des Krieges eine festgefügte Organisation und ein annehmbares Arbeitsverhältnis bestand. Der Krieg mit seinen unheilvollen Einflüssen und Erscheinungen nahm auch unseren Freund in Anspruch. Nach dessen Beendigung begann die Aufbauarbeit wieder. Die sehr unruhigen Nachkriegszeit konnten verhältnismäßig ruhig überstanden werden, weil der Kollegenschaft die Wichtigkeit einer geschlossenen Organisation zur Erkenntnis gekommen war. Unser Jubilar hatte die Genugtuung, daß er nach der beschlossenen Verschmelzung eine gut gefügte Verwaltungsstelle in den

neuen Verband einführen konnte, und als oberster Hüter der Ortsgruppe tätig ist. Vergessen darf nicht werden, daß seine Frau ihm in all seiner Tätigkeit als treue Bundesgenossin zur Seite stand und ihm auch dadurch manche Arbeit erleichtert worden ist.

Wir danken unserem Freund für seine treu geleisteten Dienste und gratulieren ihm zu seinem Jubiläumstag mit dem Wunsche, daß er noch lange in Gesundheit und Pflichterfüllung seine Kraft unserer Organisation widmen kann und ihm ein glückliches Familienleben lange beschieden sein möge.

Unerhörter Skandal

Die Liebesgabenpolitik der Brüning-Stegerwald-Regierung an die Landwirtschaft artet zu einem unerhörten Skandal aus. In der vergangenen Woche sind zur Förderung der sogenannten Roggenpreisstützung die der Getreidehandels-Gesellschaft zur Verfügung stehenden Mittel um 31 Millionen Kredit, das heißt auf 60 Millionen erweitert worden. Diese neue verstärkte Roggenstützungsaktion war eine aufgelegte Wahlpropaganda zugunsten des Reichslandbundes. So wurde in den letzten 14 Tagen der Roggenpreis ab märkischer Station in Berlin um über 20 Mt. je Tonne hinaufgetrieben. Millionen Gelder werden zu diesem Zweck der Landwirtschaft in den Taschen geworfen. Auf der anderen Seite wiederum ist wahrzunehmen, daß dem Auslande jede Woche viele Zehntausende von Markt geschenkt werden, um die Fleischpreise im Inland heraufzudrücken zu können.

Die Regierung Brüning-Stegerwald wurstelt darauf los, als ob die Reichskasse bis zum Rande gefüllt ist. Gleichzeitig wird in der Tagespresse mitgeteilt, daß im großen Ruhrhafen Duisburg viele Tausende von Tonnen Getreide in den Schiffen lagern, verfaulen und für den menschlichen Genuß unbrauchbar geworden sind. Auf der einen Seite wird Getreide mit den Groschen der Steuerzahler aufgekauft und künstlich die Preise in die Höhe getrieben, andererseits lehen wir, daß das aufgespeicherte Getreide verfault und nicht eher verkauft werden kann. Diese Politik zum Schaden der großen Allgemeinheit und zum Nutzen eines kleinen Interessentenheufens kann nur endgültig beseitigt werden, wenn diese arbeiterfeindliche Regierung zum Teufel gejagt wird.

Die Arbeitslosigkeit in unseren Berufen im August

„Weiterer Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten im Bäckereigewerbe. Nur vereinzelt Aushilfsbeschäftigungen. Die Ueberbelegung des Bäckergewerbes mit Lehrlingen belastet besonders in den jetzigen Zeiten des Konsumrückganges die Beschäftigungsmöglichkeiten der Gesellen, die schon früher größtenteils auf einen Berufswechsel angewiesen waren, außerordentlich. Im Fleischnahrungsgewerbe und in der Fleischwarenindustrie überwiegen ungünstige Marktlage; nur vereinzelt Unterbringungsmöglichkeiten für Aushilfen. In der Süßwarenindustrie saisonmäßig bedingte Besserung der Schokoladenindustrie.“

So heißt es in dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“ über die Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Monats August. Daß sich die allgemein ungünstige Beschäftigungslage auch auf die verschiedenen Berufe in der Getränkeindustrie auswirkt, das zeigt die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die wir unter den Mitgliedern unseres Verbandes zu verzeichnen haben. Wie aus der unten wiedergegebenen Zusammenstellung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Verbandsmitgliedern in den letzten beiden Monaten ersichtlich, haben die Arbeitslosenziffern im August gegenüber dem Vormonat eine weitere Zunahme erfahren. In der Süßwarenindustrie sowie unter den Müllern, Böttchern und Weinküfern ist eine geringe Verbesserung der Beschäftigungslage festzustellen.

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Juli	August	Juli	August
Stiftwarenindustrie . . .	5 284	4 981	10 733	8 339
Bäcker und Konditoren	3 953	4 392	1 587	1 697
Getränkeindustrie	3 956	4 752	1 864	3 351
Fleischer	2 322	2 825	1 628	1 391
Müller	2 103	1 654	1 087	1 041
Böttcher und Weinküfer	1 723	1 603	467	506
Insgesamt	19 341	20 207	17 366	16 325

Die Gesamtzahl der in den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen im Bäckereigewerbe betrug nach den amtlichen Berichten im Monat Juli 34 168; auf je 100 offene Stellen entfielen nicht weniger als 1043 Arbeitsgesuche! Die Zahl der offenen Stellen betrug nur 3276 und die der vermittelten Stellen 3130. Im Fleischnahrungsgewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 1243 Arbeitsgesuche; die Zahl der offenen Stellen betrug hier 1511, die der vermittelten Stellen 1481 und die der eingetragenen Arbeitslosen 18 738! Für den Monat August liegen die Berichte der Arbeitsnachweise noch nicht vor.

Krise des Branntweinmonopols

Der Enquete-Ausschuß hat sich kürzlich mit der Bewertung der Kartoffeln durch Spirituserzeugung befaßt. Im Hinblick auf die in diesem Jahr gut ausfallende Kartoffelernte wird im „Magazin der Wirtschaft“ das Ergebnis der Enquete und die Politik der Reichsmonopolverwaltung einer Kritik unterzogen, die in nahezu allen Teilen berechtigt ist.

Der Verfasser dieser Kritik prüft einleitend alle Möglichkeiten der Kartoffelverwertung. Doch ob Trocknung, Einäuierung oder Stärkefabrikation: nicht eine von diesen Verwertungsmöglichkeiten ist in der Lage, nennenswerte Teile der Kartoffelernte aufzunehmen. Bleibt die Spiritusherstellung, für die rund 2 Millionen Tonnen Kartoffeln verwertet werden könnten, wenn — ja wenn die Läger des Branntweinmonopols nicht bis oben voll wären und demzufolge ein auf 55 Proz. herabgesetztes Brennrecht in Aussicht stände. Daß aus diesem Grunde die Spirituserzeugung ebenfalls als Verwertungsmöglichkeit der Kartoffelernte ziemlich eingeschränkt ist, ist Schuld der Reichsmonopolverwaltung, die in den letzten Jahren bei mittleren Kartoffelernten das Jahresbrennrecht auf 80 und 100 Proz. festsetzte und gleichzeitig durch hohe Uebnahmepreise den Anreiz gab, das Brennrecht voll auszunutzen.

Auch der Enquete-Ausschuß macht in seinem Bericht die Branntweinpolitik verantwortlich, daß der Spiritus als Ausgleichsfaktor für die Ernteschwankungen versagt. Leider wird in diesem Zusammenhang nicht die Forderung auf eine Umgestaltung des Branntweinmonopols erhoben. Doch auch ohnedem ist das Material, das in diesem Bericht zusammengetragen wurde, so belastend, daß daraus ohne viel Mühe die Unzufriedenheit mit der Politik des Branntweinmonopols und die Erwartung auf ihre Abänderung herausgelesen werden kann. So wird festgestellt, daß die landwirtschaftlichen Brennrechte überwiegend Betrieben mit mehr als 400 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zugute kommen. Etwa die Hälfte der Betriebe, die auf diese Art und Weise vom Staat eine ständige Subvention beziehen, ist gar nicht auf die Brennerei angewiesen, da die Beschaffenheit ihres Bodens derart ist, daß andere Feldfrüchte darauf angebaut werden können. Diese müssen bei einer Neuverteilung des Brennrechtes ohne weiteres ausgeschaltet werden. Die dadurch sich ergebende Konzentrierung der Erzeugung von Kartoffelspiritus würde eine bessere Ausnutzung der noch vorhandenen Betriebe ermöglichen und eine Kostenförmigkeit herbeiföhren, die eine Herabsetzung des Uebnahmepreises zulassen würde. Weiter weist der Enquete-Ausschuß in seinem Bericht nach, daß die privilegierte Kartoffelbrennerei der Großbetriebe in Ostdeutschland zu einer Steigerung unserer ohnehin übermäßigen Kartoffelanbausfläche geführt hat.

Die hier zitierte Kritik und die Feststellungen des Untersuchungsausschusses haben die Mißstände, zu denen die bisherige Politik des Branntweinmonopols geführt hat, offen dargelegt. Notwendig ist es, daß daraus die Schlußfolgerungen gezogen werden, und das Branntweinmonopol zu dem gemacht wird, was es sein soll.

Idealismus — Erhabene Lebensauffassung

Soweit die Geschichte zurückgreift und wir die Geschichte der Völker kennen lernen, finden wir mehr oder weniger Personen, die auf ihre Art damals Idealisten waren.

Ermühen wir uns aus neuerer Zeit, wie Arbeiter, die sich um die gesamte Arbeiterschaft der Welt sehr verdient gemacht haben, die von den kapitalistischen Kreisen und von der wilhelminischen Polizei gehetzt und verjemt wurden. Sie haben bestimmt kein Verdienst erwartet, sondern nur der schaffenden Menschheit helfen wollen.

Alle diese Kampfgenossen kannten kein anderes Ziel und hatten keinen anderen Wunsch, als die Arbeitnehmerschaft aufzurütteln und ihr klarzumachen, daß sie eine Macht dem Unternehmertum gegenüber darstellen kann, wenn sie sich in großen Verbänden zusammenschließt.

Wenn ich das anführte, so deshalb, weil unsere Vorkämpfer nicht nur Großes leisteten, sondern, um es vollbringen zu können, soviel Glauben und Ueberzeugung besaßen, daß sie sich durch nichts, auch nicht durch schärfste Verfolgung abbringen ließen. Je mehr es gelangt, die einzelnen Arbeitnehmer zu überzeugen, daß in hartem Ringen auch Großes gewonnen werden kann, desto mehr wird sich dieses Ziel festsetzen. Wie wäre es möglich gewesen, die Zivilisation so zu fördern, die Kultur auf eine solche hohe Stufe zu bringen, die Kunst und Wissenschaft, die moderne Technik so weit zu bringen, wenn nicht Bahnbrecher oder Idealisten gewesen wären, die weder Mühe noch Not scheuten, um das einmal gesteckte Ziel zu erreichen. Wie könnte heute die Arbeiterschaft auf diese gewaltigen Erfolge blicken und Ruhmnießer sein, wenn

nicht die freien Gewerkschaften durch jahrelanges, zähes Ringen Stück um Stück erobert hätten. Daß dazu ein guter Funktionärstamm, der von Ueberzeugung und Idealismus durchdrungen sein mußte, gehörte, erklärt sich von selbst. Diese Gewerkschafter, von denen heute noch ein Teil in der Bewegung tätig ist, besitzen Idealismus, sie sind durchdrungen, der schaffenden Menschheit die höchste Vollkommenheit zu geben. Sie haben auch eine edle und erhabene Lebensauffassung.

Nehmen wir uns an diesen obengenannten Kämpfern ein Beispiel, dann wird der Erfolg für die Arbeiterschaft groß sein. Und das ist es, der Idealismus, der heute so manchem Funktionär fehlt, ohne den man nicht aufklärend und überzeugend die Massen beeinflussen kann. Hingebend, überzeugend muß der Unorganisierte behandelt werden. Er muß fühlen, daß das, was ihm der Vertrauensmann des Verbandes sagt, für ihn selbst Glauben ist. Wer von den Funktionären diesen Glauben nicht hat, wird



Die Torte

Eine Torte wollen wir baden:
Die soll der Lisbeth Freude machen.
Zwölf Eier müssen hinein —
Und oben soll die Torte ganz aus Pfirsich sein.

Das heißt, über das Pfirsichmus
Kommt noch Zuckerguß.
Und auf dem Zuckerguß soll stehen, rosa und breit:
Einigkeit!

Die Torte ist fertig:
Schön gemacht. —
Wen laden wir nun
Zu Gast?

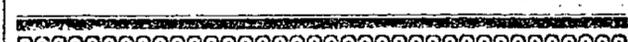
Wen? Die Mizzi, die Annemarie —
Und all die andern, wie heißen sie?
Wenn die Lisbeth Geburtstag hat,
Gibt das für alle 'nen großen Tag!

Nun die Lichter, habt ihr die bunten gewählt:
Wie viele sind es — habt ihr richtig „achtzehn“ gezählt?
Die Lisbeth wird doch achtzehn Jahr,
Und dies rote Bändchen ist für ihr Haar!

Und diese Bücher — „Bebel“ steht drauf,
Die kriegt sie auch!
Und einen Geraniendümpfenstod —
Und weißes Linnen für 'nen Unterrock.

Öffnet die Türe, laßt sie herein:
Lisbeth und all die Mädels — joi, der Lichterschein!
Nachher müßt ihr mal die Torte probieren:
Wir alle, alle gratulieren!

Hier, Lisbeth, die Freundeshand,
Beste Wünsche vom freien Verband:
Gesundheit und Einigkeit,
Niemals Streit! Mag. Dortu.



nie überzeugend wirken können und infolgedessen nie ein Idealist sein in der großen modernen Arbeiterbewegung. Nur das Große, was man Glauben nennt, das, was jeden Zweifel unterdrückt, was Kleinigkeiten, Eigenbrötleien nicht groß werden läßt, jede Vereinsmeierei verwirft, sondern nur der freien Gewerkschaft huldigt, kann überzeugend auf die Massen wirken und die Macht der Arbeiterschaft vergrößern und befestigen. Th. Schr.

Eine Entdeckung

In der „Allgemeinen Deutschen Mühlenzeitung“ vom 5. September macht ein Artikelschreiber freudestrahrend die Entdeckung, daß die Lohntheorie der deutschen Gewerkschaften Fiasko erlitten habe. Seit drei Jahren würde von den deutschen Gewerkschaftsführern die aus Amerika importierte Lohntheorie verkündet, wonach hohe Löhne die Steigerung der Kaufkraft der Massen bedeuten. Demnach sind zur Zeit in Amerika etwa 7 bis 9 Millionen Arbeitslose vorhanden. Also trotz der hohen amerikanischen Löhne wäre auch über Amerika die Wirtschaftskrise mit der großen Arbeitslosigkeit hereingebrochen.

Dieser „kluge“ Mensch hat nur eines vergessen. Alle Angaben über die Arbeitslosigkeit in Amerika sind nur geschätzt, weil Amerika bis heute keine Arbeitslosenstatistik führt. Erst, nachdem die Weltwirtschaftskrise auch dort hereinbrach, werden oberflächliche Feststellungen über die Arbeitslosigkeit gemacht. Wenn mit Ausnahme von ganz wenigen Ländern eine Wirtschaftskrise besteht, so werden selbstverständlich auch gesunde nationale Wirtschaften davon ergriffen. Ausmaß und Tempo einer solchen Krise sind aber verschieden. Wie steht es jedoch mit der Lohntheorie der deutschen Unternehmer? Nach den Ansichten der Unternehmer ist die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit eine Folge der Ueberbelastungen der Betriebe durch zu hohe Steuern, zu hohe Löhne und der großen Soziallasten in Deutschland. Und in Amerika sind die Steuerbelastungen nicht so hoch, eine Sozial-

versicherung gibt es nicht, aber trotzdem eine ungeheure Arbeitslosigkeit! Es besteht aber immerhin ein Unterschied in der Behandlung der Opfer der Wirtschaftskrise. In Deutschland erhält der Arbeitslose eine, wenn auch ungenügende Unterstützung. In Amerika erhält kein Arbeitsloser Unterstützung. Dieser ist auf die Mitleidigkeit seiner Mitmenschen angewiesen und kann buchstäblich verhungern. Die deutschen Gewerkschaften sind mit ihrer Lohntheorie und auch mit der von ihnen verteidigten Sozialversicherung auf dem richtigen Wege. Wenn es nach den Unternehmern gegangen wäre, dann hätten wir eine Wirtschaftskrise von noch viel größerem Ausmaß, aber vielleicht wäre das vielen unter den deutschen Unternehmern recht gewesen, weil sie am wenigsten persönlich unter einer derartigen Krise leiden.

Amtliche Molkereierhebungen

In der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 16/30 wird über die Ergebnisse der amtlichen Molkereierhebungen, die allmonatlich seit Beginn dieses Jahres durchgeführt werden, berichtet. Einbezogen in die Erhebungen sind fast alle größeren Molkereien.

In den ersten drei Monaten 1930 wurden bei 1539 Molkereien insgesamt 892,3 Millionen Liter Milch angeliefert. Nach bereits früher erfolgten Berechnungen ist diese Menge etwa der fünfte Teil der deutschen Milchproduktion. Der durchschnittliche Fettgehalt der Milch betrug gleichbleibend für alle drei Monate 3,2 Proz. Unterschiedlich ist der Fettgehalt in den einzelnen Erzeugungsgebieten. Insbesondere in den süd- und südwestdeutschen Gebieten, aber auch in Thüringen und in Hessen lag der prozentuale Fettgehalt über dem Durchschnitt.

Von den Molkereien wird die angelieferte Milch bis zu einem Drittel als Frischmilch abgesetzt. Allerdings weisen hier die einzelnen Gebiete erhebliche Unterschiede auf. Dort, wo große Bevölkerungszentren zu versorgen sind, wird teilweise mehr als 85 Proz. als Frischmilch abgesetzt. Die übrigen zwei Drittel werden in den Molkereien zu Rahm, Käse usw. verarbeitet. Auch hier bestehen regionale Unterschiede, denn in dünnbesiedelten Gebieten werden mehr als 90 Proz. der angelieferten Milch verarbeitet. Von der zur Verarbeitung gelangenden Milch werden 92 Proz. entrahmt um zu Butter weiterverarbeitet zu werden. 6 Proz. werden zur Käsebereitung gebraucht und nur 2 Proz. werden zu Kondensmilch, Joghurt und Milchpulver verarbeitet.

Die Herstellung von Butter hat im Laufe der Berichtszeit zugenommen. Auch der Butterabsatz stieg in den berichtenden Molkereien, und zwar um nahezu 10 Proz. Die Käseherstellung hat in allen drei Monaten einen Rückgang aufzuweisen. Der Käseabsatz hingegen hat nur im Februar abgenommen, im März ist bereits wieder eine Zunahme eingetreten. Größer als die Käseherzeugung ist die Quarkherzeugung in den Berichtsmolkereien. Sie betrug im Durchschnitt täglich 100 000 Kilogramm. Für die Molkereien ist die Herstellung von Käse und Quark von besonderer Bedeutung, da neben der Vollmilch auch die in großen Mengen anfallende Magermilch verarbeitet werden kann.

Vermahlungszwang schädigt auch Binnenmühlen

Nach Auffassung der Vertreter der Kleinmühlen sowie des Reichsernährungsministeriums sind die Mühlen durch den Vermahlungszwang von Inlandsweizen nicht geschädigt worden. Wir haben wiederholt nachweisen können, daß die Großmühlen, die bisher vorzugsweise Auslandsgetreide verarbeiteten, ihre Betriebe nicht in dem bisherigen Umfange ausnützen können. Daß aber nicht nur die großen Hafenmühlen und die an der Peripherie des Reiches gelegenen Mühlen durch den Vermahlungszwang geschädigt werden, zeigt uns der Zusammenbruch der größten Binnenmühle des Freistaates Sachsen, der Rummühlmühle F. Krietsch in Wurzen. Die „Berliner Börsenzeitung“ bringt einen Auszug aus dem Geschäftsbericht der Mühle. Nach diesem ist eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs die Zwangsvermahlung von Inlandsweizen, wodurch wesentliche Veränderungen des Getreidemarktes auch für die Binnenmühlen eingetreten sind. Im Geschäftsbericht liest man: „Als Folge der Einführung des Vermahlungszwanges seien die Lieferanten dazu übergegangen, ihr Getreide nicht mehr auf Kredit, sondern möglichst gegen bar zu verkaufen“. Auch sei aus dem Einkaufsgebiet der Wurzener Mühle der Weizen von Kassakäufern weggezogen worden. Da die Wurzener Mühle in der Vergangenheit mit erheblichen Krediten arbeiten mußte, so ist selbstverständlich, daß diese Veränderung im Einkaufsgeschäft mit einer wesentlichen Ursache zum Zusammenbruch war. So schädigt die Zwangsvermahlung von Inlandsweizen nicht nur die Mühlen an den Wasserstraßen, sondern auch die Mühlen im Binnenlande.

Für billiges Fleisch

Der Zeitpunkt rückt immer näher, wonach die Einfuhr des Gefrierfleisches beendet ist. Im Reichsernährungsministerium rührt man sich noch immer nicht. Jetzt hat sich die Stadt Berlin, die um die Ernährung ihrer minderbemittelten Kreise namentlich für den kommenden Winter stark besorgt ist, mit einer Beschwerde an den Reichskanzler gewendet. Die Stadt Berlin sieht keine Möglichkeit, die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger von beinahe einer halben Million, die sie in ihren Mauern beherbergt, ausreichend ernähren zu können. Der Deutsche Städtetag hat sich ebenfalls dem Vorgehen der Stadt Berlin angeschlossen und in einer dringenden Eingabe die Regierung auf die Ernährungslage breiter Schichten der Bevölkerung aufmerksam gemacht.

In diesem Zusammenhang verdient das Gutachten hervorragender Sachverständiger, die sich mit der Erfahrungsfrage für das Gefrierfleisch beschäftigen, Beachtung, wonach es der Regierung überhaupt nicht möglich sein dürfte, für das hochwertige, aber billige Gefrierfleisch entsprechenden vollgültigen Ersatz an deutschem oder dänischem Frischfleisch beschaffen zu können, wenn nicht das Deutsche Reich jährlich 60 bis 70 Millionen aus eigener Tasche zuzahlen soll.

Den landbundesfreundlichen Unterernährungsminister wird auch diese Tatsache kalt lassen.

Deutschland beschenkt das Ausland

Allwöchentlich werden dem Ausland viele Zehntausende von Mark geschenkt und im Inland dafür die Fleischpreise in die Höhe getrieben. In einer Zeit, in der sich die Reichsregierung mit ihren Preisabbaumaßnahmen förmlich überschlägt, ist dieser Vorgang mehr als skandalös.

Damit die Preise für lebende Kinder möglichst recht hoch gesteigert werden, gewährt die Reichsregierung für mit der Bahn zu versendendes Vieh aus Holstein, Hannover und Oldenburg eine Frachtbeihilfe von 5 bis 15 Mk. je Kind. Es würde noch angehen, wenn diese Beihilfe lediglich für Verfrachtungen von Vieh in Deutschland Verwendung finden würde; denn dann hat ja der Konsument einen gewissen Nutzen und dadurch wird gleichzeitig der Fleischverbrauch gesteigert. Es werden aber beim Versand von Lebendtieren nach Grenzstationen, also nach dem Ausland, noch weitere 30 Proz. Frachtermäßigung gewährt. Aber darüber hinaus erhalten die Exporteure für das nach dem Ausland bestimmte Vieh noch einen Einfuhrschein von 24,50 Mk. je 100 Kilogramm. Bei einem angenommenen Gewicht des Kindes bedeutet der Einfuhrschein eine Ausfuhrprämie von 134,75 Mk., hinzu kommt die Frachtbeihilfe des Reiches von 7,50 Mk. je Kind, weiter die Frachtermäßigung von 30 Proz. der Reichsbahn im Betrage von 7,75 Mk., so daß bei jedem nach dem Ausland exportierten Kind das Deutsche Reich den Betrag von rund 150 Mk. verschenkt. Wie es heißt, hat auf dem Sommer Vieh-

markt eine Auslandsfirma zur Verfrachtung nach Frankreich 200 Kinder gekauft und das Reich hat dabei 30 000 Mk. zuzuschießen müssen. Das Reich verbilligt also das für das Ausland bestimmte Fleisch und bietet die Hand dazu, das Inlandsfleisch in die Höhe zu treiben.

So sieht es mit dem von der Reichsregierung beabsichtigten staatlichen Preisabbau aus. Uns scheint, vor lauter „guten“ Ratschlägen findet sich in der Regierung niemand mehr zurecht.

Notverordnung und Innungskrankenkassen

Die bekannte „Verordnung der Regierung Brüning-Steigerwald“ hat nicht nur einschneidende Änderungen in bezug auf die Leistungen in der Krankenversicherung gebracht, sondern darüber hinaus auch noch mancherlei Neuerungen in der Organisation der Versicherung. So sind eine ganze Anzahl neue Bestimmungen geschaffen, die sich mit der Errichtung von Kassen befassen. Da hiervon auch in ziemlich starkem

Werbe für deine Organisation

Am 27. September ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Maße die Innungskrankenkassen betroffen werden, erscheint es angebracht und notwendig, hierauf etwas näher einzugehen.

Es sei gleich vorweggenommen, daß man den Versuch unternommen hat, der unsinnigen Gründerei von Zwergkrankenkassen entgegenzutreten und damit eine weitere Zersplitterung der Krankenversicherung zu verhindern. Der Gesetzgeber hat dabei jedoch anscheinend Angst vor der eigenen Courage bekommen, und so ist es denn bei einem Versuch — und zwar einem sehr schwachen — geblieben. Inzwischen hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt unterm 16. August 1930 einen Erlaß betr. die Organisation der Krankenkassen herausgegeben, auf den gleichfalls mit eingegangen sei.

Die Errichtung neuer Krankenkassen ist nicht grundsätzlich verboten worden. Sie ist jedoch erschwert worden dadurch, daß sie nur dann errichtet werden dürfen, wenn die Mehrheit der abstimmbaren beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der abstimmbaren beteiligten volljährigen Arbeitnehmer in geheimer Abstimmung der Errichtung zustimmen. Diese Vorschrift gilt für alle neu zu errichtenden Krankenkassen, also auch für Innungskrankenkassen. Als „beteiligt“ und zur Abstimmung berechtigt gelten dabei diejenigen Arbeitgeber und Versicherten, die mit ihrem Betriebe oder als Versicherte der Kasse angehören würden. Ergibt die Abstimmung bei den Abstimmenden beider Gruppen keine Mehrheit für die Errichtung oder ist eine solche Mehrheit nur bei einer

Gruppe vorhanden, so kann die Kasse nicht errichtet werden. Die Abstimmung wird durch das zuständige Versicherungsamt geleitet. Infolge dieser neuen Vorschrift ist die alte Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung, daß bei Errichtung einer Innungskasse der Gesellenausschuß angehört werden muß, gestrichen worden. Sie ist ja auch überflüssig geworden. Bei der Auflösung einer Innungskasse ist jedoch nach wie vor die Anhörung des Gesellenausschusses unerlässlich. Ueber die Art und Weise und die Durchführung der Abstimmung werden noch besondere Ausführungsverordnungen erlassen.

Nach sonst sind für die Errichtung von Innungskassen noch mancherlei neue Vorschriften erlassen worden. So ist beispielsweise festgelegt worden, daß nur noch Handwerkerinnungen Innungskrankenkassen gründen können. Als Handwerkerinnungen gelten nur die, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. In der Beziehung ist also die Errichtung von Innungskrankenkassen erschwert worden. Es folgt jedoch nun gleich wieder eine andere neue Vorschrift, die die Errichtung erleichtert. So war bis jetzt die Errichtung einer Kasse für mehrere Innungen unzulässig. Die Vereinigung konnte erst nach Errichtung der einzelnen Kassen vorgenommen werden. Auf Grund der neuen Bestimmungen der Notverordnung können jetzt auch mehrere Innungen gemeinsam eine Kasse ins Leben rufen.

Ein Fortschritt (wenn er auch unseren Erwartungen noch nicht genügt) ist insofern zu verzeichnen, als eine bestimmte Mindestmitgliederzahl vorgeschrieben worden ist. Die Kasse darf nur dann ins Leben gerufen werden, wenn in den in Frage kommenden Betrieben für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Freiwillige Mitglieder werden hierbei nicht mitgezählt. Die Schaffung dieser Mindestgrenze ist sicher begrüßenswert, auch wenn sie ziemlich niedrig festgelegt worden ist. Bis heute bestand eine solche Grenze nicht. Es war daher möglich, daß Kassen ins Leben gerufen werden konnten und auch wirklich errichtet worden sind, die nur ein Duzend und noch weniger Mitglieder aufweisen konnten. Dieser Unsinn, der Krankenkassen auf die gleiche Stufe wie Regellubs stellte, ist nun eingeschränkt.

Weiter ist für die Errichtung der Kasse Voraussetzung, daß „der Bestand oder die Leistungsfähigkeit vorhandener allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet wird“. Ob und wann dies der Fall ist, muß von Fall zu Fall von den Aufsichtsbehörden geprüft und festgestellt werden. (Die Bestimmung, daß eine der genannten Kassen dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie mehr als 100 Mitglieder behielt, ist in Wegfall gekommen.)

Die Schließung von Innungskrankenkassen ist ebenfalls durch eine neue Bestimmung geregelt worden. So wird eine Innungskasse jetzt dann geschlossen, wenn ihr Mitgliederbestand nicht nur vorübergehend unter 150 sinkt. Es ist hierbei der gesamte Mitgliederbestand zu berücksichtigen, also neben den Pflichtmitgliedern auch die freiwilligen Mitglieder. Diese Vorschrift muß auch auf bereits bestehende Kassen Anwendung finden.

Die sächsischen Mühlenregulative

Von Arno Rapp, Leipzig.

Am 21. Juli des Jahres 1842 erließ die sächsische Regierung eine Verordnung, in der sie die Bildung von Mühlenbezirken befahl. Die Ausführung dieses Erlasses wurde vom Staate in die Hände seiner Kreisdirektionen gelegt. Um Ordnung innerhalb dieser Mühlenbezirke zu schaffen, erließ die Regierung für die einzelnen Distrikte Regulative. In ihnen wird folgendes verlangt: (Siehe Regulativ der Kreisdirektion Leipzig) vom 22. Januar 1844.)

„Wenn künftig neue Mühlen erbaut werden, so wird von der Regierungsbehörde bestimmt, zu welchem Mühlenbezirke dieselben gehören sollen.“

Das Herumziehen der Mühlburschen in den einzelnen Mühlen und das Auffuchen der Arbeit daselbst, sowie die Empfangnahme des Geschenks in denselben findet fernerhin nicht weiter statt, und es haben sich die Mühlburschen des Ansprechens und Einführens in den einzelnen zum Bezirk gehörigen Mühlen, ingleichen des Einschlagens der sogenannten Wasserwege bei Vermeidung daß gegen sie als Bettler oder Baganten wird verfahren werden, schlechterdings zu enthalten, sondern die Mühlburschen haben ihre Wanderungen lediglich nach den Müllernbergen zu beschränken, an deren Inhaber die Müller des Bezirks die offene Arbeit anmelden, und von welchen sie letztere nachgewiesen, sowie Aufnahme und Geschenk erhalten.

Ebenso ist den Müllern die Aufnahme und Beherbergung wandernder Mühlburschen in ihren Mühlen oder die Verabreichung von Kost und Obelb an dieselben bei Vermeidung einer an die Verpflegungsgasse des Bezirks zu entrichtenden Strafe von

Einem Thaler für jeden Contraventionsfall verboten. Es leidet jedoch dieses Verbot keine Anwendung, wenn rücksichtlich einzelner liegender Mühlen nachst Maßgabe der Bestimmung im § 4 der Armenordnung vom 22. Oktober 1840 die Nothwendigkeit sich ergibt, einem unterwegs erkrankten Mühlburschen Unterkunft und Verpflegung zu verschaffen. Es hat jedoch solchenfalls der betreffende Mühlenbesitzer unter der Voraussetzung sofortiger Anzeige an den Vorstand des Mühlenbezirks den Ersatz des erweislich aufzuwendenden gewissen Verpflegungsaufwandes aus der Bezirkskasse zu ermarken...

Die Wandernden haben sich bei ihrem Eintreffen unverlangt beim Herbergs-Inhaber zu melden und das Wanderbuch an denselben abzugeben. Dieser hat das Wanderbuch in allen Fällen zur Prüfung und Visierung sofort bei der Polizeibehörde einzureichen und anzugeben, ob Arbeit vorhanden ist oder nicht.

Ist das Wanderbuch in Ordnung, so kann der Eingewanderte in der Herberge Aufnahme finden, und der Herbergsvater hat ihm

„die Nachweisung offener Arbeit innerhalb des Mühlenbezirkes in einer Weise zu gewähren, daß dem Gesellen sowohl der Ort, wo die Mühle liegt, der Name des Mühlenbesizers und die Beschaffenheit der von ihm zu übernehmenden Arbeit schriftlich angegeben wird.“

Wird dem Mühlburschen Arbeit nachgewiesen, so hat er sich von der Herberge unverzüglich in gerader Richtung in die betreffende Mühle zu begeben und die zugewiesene Arbeit aufzunehmen. Fehlt es dagegen im Bezirke an Arbeitsgelegenheit, so hat der Bursche innerhalb 24 Stunden keine Reise fortzusetzen. Nur mit Genehmigung der Polizei durfte zum Beispiel ein Geselle länger als 24 Stunden in der Stadt bleiben. Trat er in Arbeit, so hatte er seine Legitimation dem Mühleninhaber zu übergeben, der die

Papiere für die ganze Dauer der Arbeitszeit an die Behörde des Ortes zur Aufbewahrung weiterleitete. Waren die 24 Stunden Herbergsaufenthalt verstrichen, so erhielt der Bursche fünf Groschen vom Herbergsvater als Geschenk, er durfte aber während des nächsten halben Jahres nicht wieder in derselben Herberge einsprechen.

Der für die Herberge und die Verpflegung kranker Mühlburschen sich nötig machende Aufwand war nach dem Regulativ

„von den Müllern des betr. Bezirks aufzubringen und wurde nach Verhältnis der auf dem Mühlen-gewerbe haftenden Gewerbesteuer aufgebracht“.

auch mußten die Mühlburschen „gewisse wöchentliche Lohnabzüge“ für diese Zwecke beisteuern. So bezahlten z. B. im Leipziger Bezirk Knappen und Gesellen pro Woche 3 Neugroschen, die außerhalb Leipzigs Beschäftigten aber 2½ Groschen, sofern die Mühlen wenigstens vier Mahlgänge hatten, die in kleineren Mühlen Tätigen dagegen ohne Unterschied 1½ Neugroschen. Scheider sowie Burschen in Windmühlen kamen mit einem wöchentlichen Beitrage von einem Groschen weg, immerhin eine beachtliche Summe, wenn man bedenkt, wie wenig Lohn damals der Geselle überhaupt erhielt. Diese Abzüge vom Lohn hatte der Besitzer regelmäßig an die Bezirkskasse abzuführen. Die Verwaltung dieser Kasse lag in der Hand eines Müllers, der alljährlich Rechnung abzulegen hatte. Diese Rechnungsablegung fand im Leipziger Bezirk stets am 24. Juni statt. Wer von den Besitzern fehlte, hatte einen Taler Strafe zu entrichten.

Mit diesem Erlaß der Mühlenregulative wurde die Boesie des Wanderlebens im Mühlenhandwerk zu Grabe getragen. Und doch muß man dieser Verordnung recht geben, wenn man berücksichtigt, daß z. B. in Leipzig in den Jahren 1833 bis 1842 durchschnittlich im Jahre 758 Mühlburschen einwanderten und in den fünf Mühlen der Stadt beherbergt und verpflegt sein wollten.

1) Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 39 vom Jahre 1842.

2) Leipziger Nachrichten, II. S. 1605.

Nach statistischen Feststellungen dürften hierbei etwa 200 Klassen in Frage kommen, die geschlossen werden müssen. Die „Deutsche Krankenkasse“ schreibt hierzu, daß diese Klassen ihrem Schicksal (der Schließung) auch nicht dadurch entgehen können, daß sie sich mit anderen Innungsstrankenkassen vereinen. In den Fällen, in denen solche Zwergklassen nicht selbst liquidieren, ist es Pflicht und Aufgabe der Mitglieder, auf eine Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hinzuwirken.

Am Schluß sei bemerkt, daß all diese Neuerungen bereits mit dem 28. Juli dieses Jahres in Kraft getreten sind. In dem eingangs erwähnten Erlaß fordert der Minister die ihm unterstellten Stellen und Ämter auf, ihm bis zum 15. Oktober über die Durchführung und Anwendung dieser neuen Vorschriften Bericht zu erstatten.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß der witten Kassengründeret etwas Einhalt geboten worden ist. Wenn wir auch noch nicht ganz zufriedengestellt sind, so ist wenigstens ein Anfang getan und unsere Arbeit ist nicht ganz umsonst gewesen. Rl—s.

Zum Innungskrankentag

Von einem Kollegen, der als Vertreter der Versicherten an der Tagung der Innungsstrankenkassen in Chemnitz teilnahm, wird uns geschrieben, daß infolge der Zusammenfassung der Tagung von 168 Arbeitgebervertretern, 171 Geschäftsführern und 165 Arbeitnehmervertretern es ganz unmöglich ist, im Interesse der in diesen Krankenkassen versicherten Personen wirken zu können. Durch die große Mehrheit, die die Unternehmer mit ihren Geschäftsführern haben, können spielend leicht alle Anregungen der Versichertenvertreter niedergestimmt werden. So war es auch bei der Abstimmung einer Resolution, in der das Einverständnis mit der Notverordnung ausgesprochen wurde. Obwohl die freigewerkschaftlichen Arbeitervertreter ihre Empörung durch ihren Sprecher zum Ausdruck brachten, störten sich die Unternehmer nicht im geringsten daran.

Bei der Zusammenfassung der Unternehmer- und Arbeitervertreter in den Innungsstrankenkassen und bei dem Abstimmungsmodus der dort eingeführt ist — jede Krankenkasse hat eine Stimme und das Stimmrecht wird in den allermeisten Fällen von den Geschäftsführern ausgeübt — ist es ganz unmöglich, daß die Arbeitervertreter ihre Vorschläge zur Geltung bringen können. Die Mitwirkung der Versicherten besteht nur zum Schein; denn über die Mehrheit in den Innungs-Krankenkassen verfügen auf alle Fälle die Unternehmer. Leider wird durch die Notverordnung dieser Zustand nicht geändert und dafür erwiesen sich auch die Unternehmer der Regierung Brüning-Siegerwald sehr dankbar.

Der britische Sozialetat

Während in Deutschland die Krankenversicherung seit 1883 und die Invaliditäts- und Altersversicherung seit 1889 besteht, wurde in Großbritannien die Kranken- und Invalidenversicherung erst mit einem Gesetz von 1911 eingeführt. Die Witwen-, Waisen- und Altersversicherung trat 1926 in Kraft. Außerdem werden auf Grund von Gesetzen aus den Jahren 1908 bis 1924 beitragsfreie Altersrenten gewährt. Eine besondere Angestellten- und Knappschafftsversicherung gibt es nicht. Im Krieg und in der Nachkriegszeit erfolgten zahlreiche Abänderungen und Erweiterungen der Kranken- und Invalidenversicherung. Gegenwärtig unterstehen ihr mit unbedeutenden Ausnahmen alle Arbeitnehmer im Alter von 16 bis 65 Jahren. Ende 1928 betrug die Zahl der Versicherten 17 431 000, wobei auch jene Personen inbegriffen sind, deren Beitragspflicht aufgehört hatte, die aber noch Anrecht auf gewisse Leistungen hatten.

Die Kosten der vorher genannten Versicherungseinrichtungen und der beitragsfreien Altersrenten waren in den Jahren 1928 und 1929 wie folgt:

	1928	1929
	Millionen Mt.	Millionen Mt.
Kranken- und Invalidenversicherung	752	768
Witwen-, Waisen- und Altersversicherung	239	477
Beitragsfreie Altersrenten	674	700
	1665	1945

Ein englisches Pfund Sterling ist mit rund 20 Mt. umgerechnet.

Ein Vergleich dieser Ausgaben mit jenen der deutschen Sozialversicherung ist nur unter Vorbehalt zulässig, da die Versicherungseinrichtungen in beiden Ländern erheblich voneinander abweichen. Immerhin ist es von Interesse, aus dem Bericht des Reichsarbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1929 folgende Zahlen anzuführen.

	1928	1929
	Millionen Mt.	Millionen Mt.
„ Krankenversicherung	2051	2255
„ Invalidenversicherung	1126	1323
„ Angestelltenversicherung	138	186
„ Knappschaffts- und Pensionsversicherung	226	230
Zusammen	3541	3994

In Großbritannien waren mithin die Aufwendungen für Kranken-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung und für beitragsfreie Altersrenten im Jahre 1929 kaum halb so hoch als die Kosten der Sozialversicherung (ausgenommen die Unfallversicherung) in Deutschland. Zum Teil ist der Unterschied in der Zahl der Versicherten begründet. In Deutschland umfaßte die Krankenversicherung 22,4 Millionen Personen, in Großbritannien betrug die Zahl der Versicherten 17,4 Millionen, was einen Unterschied von 5 Millionen ausmacht. Ferner ist zu beachten, daß die Leistungen der Versicherung in Großbritannien beschränkter sind als in Deutschland, denn es gibt in Großbritannien weder Familienkrankenhilfe, noch Facharzthilfe oder Zahnbehandlung und die Gewährung von Mehrleistungen ist durch die Gesetzgebung stark beschränkt. Der Satz des Krankengeldes ist nur nach dem Geschlecht verschieden; er beträgt für die männlichen Versicherten 15 Mt., für die weiblichen 12 Mt. die Woche. Andererseits sind in Großbritannien die Aufwendungen für Armenunterstützung sehr hoch; sie betragen 1928 920 Millionen Mark, wobei die Ausgaben für Verpflegung und Behandlung kranker in Armenpflege befindlicher Personen und für geisteskranke Arme nicht inbegriffen sind.

Nicht außer acht zu lassen ist aber auch, daß das Lohnniveau in Großbritannien noch immer höher ist als in Deutschland, so daß der britische Individuallohn, zuzüglich der durchschnittlichen Aufwendungen für Sozialversicherung und Fürsorge, den entsprechenden deutschen Durchschnitt zweifellos übersteigt.

Vollständige Angaben über die Kosten der Entschädigung von Arbeitsunfällen liegen für Großbritannien nicht vor. In den sieben Wirtschaftszweigen, die zur Berichterstattung über die Unfallentschädigung verpflichtet sind, betrug die Summe der Entschädigungsleistungen 1927: 126 und 1928: 139 Millionen Mark (bei 7 400 000 beschäftigten Personen). In Deutschland betragen die Gesamtausgaben der Unfallversicherung 1928 bei 23 Millionen Versicherten 377,5 Millionen Mark.

Schließlich ist noch die Arbeitslosenversicherung zu erwähnen, die in Großbritannien in beschränktem Umfang schon 1911 eingerichtet, aber erst 1921 auf die große Mehrheit der gewerblichen Arbeitnehmer ausgedehnt wurde. Ohne Nordirland betrug die Zahl der Versicherten Mitte 1928 11 629 000 und Mitte 1929 11 834 000. Die Gesamteinnahmen bezifferten sich 1928 auf 850,9 Millionen Mark und 1929 auf 900,5 Millionen Mark. Dagegen betragen die Ausgaben 1928 1015,6 und 1929 1023,5 Millionen Mark.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug im wöchentlichen Durchschnitt 1928 954 000 und 1929 954 000, sie war also erheblich geringer als in Deutschland.

Die Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zusammen mit dem Staatszuschuß reichen in Großbritannien schon längst nicht mehr hin, um die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu decken. Zur Deckung des Abganges, der Ende 1929 38 Millionen Pfund Sterling (etwa 750 Millionen Mark) erreicht hatte, werden verzinsliche Darlehen aufgenommen.

Der Staatsbeitrag wurde im letzten Jahre auf die Hälfte des gemeinsamen Beitrages der Versicherten und ihrer Arbeitgeber erhöht. H. F.

Fusion Rheinmühlenwerke-Hildebrand-Mannheim

Der Bericht der zum Kampfmeyer-Konzern gehörenden Rheinmühlenwerke spricht sich über den Erfolg der Absatz- und Produktionsregelung innerhalb der rheinischen Mühlenindustrie befriedigt aus. Die gesetzlichen Maßnahmen hätten jedoch beunruhigt und das Geschäft erschwert. Dieses gelte sowohl für die Röhle als auch für das Vermahlungsgeleß. Den Mühlenbetrieben am Rhein, deren Rohstoffbasis der Auslandsweizen war, sei infolge des Bezugszwanges von Weizen aus den deutschen Produktionsgebieten ein unnatürlicher Konkurrenzkampf aufgezwungen worden, der schädlich wirke.

Der Fabrikationsüberschuß wird etwas niedriger als im Vorjahr mit 1,77 (1,88) Millionen Mark ausgewiesen, die Unkosten sind auf 1,45 (1,50) Mill. Mark vermindert. Nach 158 708 (153 566) Mt. Abschreibungen ergeben sich einschließlich 30 000 Mt. Vortrag 193 191 (185 192) Mt. Reingewinn, woraus wieder 6 Proz. Dividende verteilt und wieder 30 000 Mt. vorgetragen werden sollen.

Die Generalversammlung hat über den Antrag auf Kapitalerhöhung um 3 auf 5 Millionen Mark zu beschließen. Die Erhöhung dient zur Uebernahme der H. Hildebrand u. Söhne, Komm.-Gesellschaft in Mannheim.

Mit der Fusion der beiden Mühlen, die eine Tageskapazität von 750 Tonnen haben (Rheinmühlenwerke 350, Hildebrand 400), wird die Konzentration im Kampfmeyer-Konzern, die sich gerade im rheinischen Gebiet in der letzten Zeit stärker bemerkbar macht, fortgesetzt. Die Hildebrand-Mühle wurde erst 1927 erworben und teilt jetzt das Schicksal mit der 1929

erworbenen Röhninger Mühle, die von einer anderen aufgekauft wurde. Welche Gründe für die Konzernleitung maßgebend gewesen sind, zu der Verschmelzung zu schreiten, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Denn im Bericht wird nur gesagt, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit und die Erfolgserwartungen aus der Rationalisierung und aus dem Austausch der technischen Erfahrungen dafür gesprochen hätten.

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im August

Der Monat August brachte bereits eine kleine Besserung der Beschäftigungslage, die durch die Erledigung der Weihnachttaufträge bedingt ist. Es sind teilweise Neueinstellungen erfolgt; auf der anderen Seite aber war die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit immer noch sehr hoch. An der Berichterstattung haben sich im August 208 Betriebe beteiligt, die insgesamt 31 496 Arbeiter beschäftigten. Der Vergleich mit den beiden Vormonaten ergibt folgendes Bild:

Monat	Beschäftigte Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe			
		männlich	weiblich	zusammen			überl. mit Kurzarbeit	m. teilw. Stillleg.	ganz stillgelegt	
Juni	226	8989	22897	31886	305	1239	14	77	12	11
Juli	194	7453	18116	25569	192	1009	8	86	14	17
August	208	8565	22931	31496	206	839	10	74	11	10

Aus der nachstehenden Zusammenstellung geht hervor, wie sich der Grad der Beschäftigung hinsichtlich der berichtenden Betriebe und der in diesen Betrieben in Frage kommenden Beschäftigten in den letzten drei Monaten gestaltete.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Juni	66	8 812	101	15 340	59	7 734
	29,2 %	27,6 %	44,7 %	48,1 %	26,1 %	24,3 %
Juli	38	3 589	76	10 146	80	11 834
	19,6 %	14,0 %	39,2 %	39,7 %	41,2 %	46,3 %
August	66	14 460	88	11 612	54	5 424
	31,7 %	45,9 %	42,3 %	36,9 %	26 %	17,2 %

Lohnbewegung im Münchener Schöfflergewerbe

Geradezu ungeheuerliche Verschlechterungen ihres ohnehin fargen Einkommens sollen die Kollegen der Münchener Fassfabriken und Werkstätten in Kauf nehmen. Von den Fassfabrikanten wurde verlangt, den bestehenden Stundenlohn von 1,12 Mt. auf 1,03 Mt. herabzusetzen. Doch nicht genug damit; jeder Neueingestellte soll noch mal 10 Proz. weniger erhalten, und zwar 8 Wochen lang. Der verhasste § 616 des BGB., der die Entschädigung in Krankheitsfällen und bei Dienstunterbrechungen regelt, sollte im neuen Tarifvertrag ganz weggelassen, und weil man gerade dabei war, verlangte man auch die Kürzung des Urlaubs von 12 auf 10 Tage bei 12 Monate Beschäftigung im Jahr, bei 11 Monaten drei Viertel und bei 10 Monaten gar nur die Hälfte dieses Urlaubs. Wohl wegen des angeblich schlechten Geschäftsganges wurde auch eine Kürzung der Ueberstundenzuschläge um 5 Proz. verlangt und noch verschiedenes mehr.

Bei den Verhandlungen am Schlichtungsausschuß konnte keine Einigung erzielt werden — es wurde deshalb vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt unter Belassung der bisherigen Löhne. Die Arbeitgeber lehnten ab, während die Kollegen diesem Spruch ihre Zustimmung gaben und die Verbindlichkeit beim Landesschlichter beantragten. Die Arbeitgeber versuchten nun mit allen Mitteln ihre Forderungen durchzudrücken. Die Münchener Schöfflerkollegen stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß sie es unter allen Umständen ablehnen müssen, Schrittmacher auf dem Wege des Lohnabbaues zu sein, solange alle Voraussetzungen hierfür fehlen.

Gewerkschaften in Amerika für Abänderung der Prohibition

Wir haben bereits früher mitteilen können, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften neuerdings für eine Abänderung des Prohibitionsgesetzes ausgesprochen haben. Wie nunmehr bekannt wird, trat die Exekutivtagung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes auf Antrag der Brauereionion abermals energisch für die Abänderung der Prohibition und für die Zulassung eines stärker eingebrauten Bieres ein. Der Beschluß wird dem kommenden Gewerkschaftskongreß in Boston vorgelegt werden, und es ist zu erwarten, daß er auch dort angenommen wird, denn der Widerstand der Prohibition macht sich in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung immer mehr bemerkbar.

Nachahmenswert

In England wurde kürzlich neben einer erheblichen Erhöhung der Besitzsteuern auch die Biersteuer erhöht. Die Erhöhung betrug rund 3 Schilling für das der englischen Biersteuer zugrunde gelegte Standardbarrel. Wie damals mitgeteilt wurde, hat der Verband der Brauereien die Verpflichtung übernommen, die Biersteuererhöhung weder auf die Gastwirte noch auf die Verbraucher abzuwälzen. Wenn man berücksichtigt, daß im Durchschnitt pro Jahr mehr als 20 Millionen Standardbarrel versteuert werden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die englische Brauindustrie eine zusätzliche Belastung von mehr als 60 Millionen Schilling auf sich genommen hat.

Nach der Erhöhung der Biersteuer wurde noch die Einkommensteuer um 12 1/2 Proz. erhöht. Obwohl die englischen Brauereien bei der Übernahme vorstehender Verpflichtung von der Erhöhung der Einkommensteuern noch nicht unterrichtet waren, haben sie nach ihrem Bekanntwerden ihre Bereitwilligkeit erklärt, die eingegangene Verpflichtung auch weiterhin aufrechtzuerhalten. In dieser nochmaligen Erklärung bringen sie zum Ausdruck, daß die Senkung der Produktionskosten durch Rationalisierung und verbilligten Bezug von Malz und Hopfen die Möglichkeit gibt, die Steuererhöhung auf sich zu nehmen, obwohl der Bierabsatz infolge der Arbeitslosigkeit stark zurückging. Es scheint, als ob letzteres der ausschlaggebende Grund für diese anerkennenswerte Stellung der englischen Brauereien gewesen ist. Sie sind sich bewußt gewesen, daß durch eine Preiserhöhung der Konsum noch weiter gedrosselt worden wäre.

In Deutschland, wo trotz noch besserer Rationalisierung und ebenfalls niedriger Rohstoffpreise die Biersteuererhöhung eine Preiserhöhung und damit einen bedenklichen Absatzrückgang herbeiführte, wird man zugeben, daß die englischen Brauereien in diesem Falle klüger gehandelt haben.

Fleischer-Hirsche-Bundestag in Breslau

Ohne jede Einschränkung muß man es den Fleischerhirschen lassen, daß auch sie ihre Tagungen mit dem nötigen Theaterdonner und Kulissenzauber aufzuziehen verstehen. Neben der ellenlangen Tagesordnung, die im Sitzzugstempo verwallt wird, muß noch die nötige Zeit bleiben, sich auch geistig und körperlich erbauen zu können. In einem allen Delegierten überreichten „Festlied“ ist auch gleich die Gebrauchsanweisung für eventuell hochkommende Bundestagsbegeisterung beigegeben. Es heißt, wenn sie erst richtig da ist, — „dann laßt alle Puppen tanzen, treibt's jedoch nicht gar zu toll, aber schlägt die edlen (!) Kanzen bis zum Ueberlaufen voll“. Nun ja, Fleischerblut war von jeher noch keine Buttermilch und die Puppchen sind auch richtig geschaukelt worden, und als der Kanzen voll war, da ist es oben wieder rausgekommen. Bei dem Schlesienschen Schmeckebier ist das auch nicht weiter verwunderlich. Warum soll sich ein abgekämpfter Bundesdelegierter nicht auch „mal was Besonderes“ zu Gemüte führen?

Auf der Tagung selbst wurde an den Reichspräsidenten ein Telegramm losgelassen. Warum soll der alte Herr neben seinen Präsidentengeschäften nicht auch wissen, daß in Breslau die Fleischer-Hirsche tagen? Altem Herkommen gemäß waren auch die Protokollen des Bundes, die Fleischermeister wieder vertreten. Ehrenobermeister W. Jädel überbrachte die Grüße des Deutschen Fleischermeisterverbandes, Obermeister Wittner-Breslau vertrat den Bezirksverband Schlesien, Obermeister Riefer-Breslau die Fleischerschlesien, und die Innungs-syndizi Binder-Breslau und Bingen-Leipzig machten neben anderen „Ehrgästen“ das Präsidium vollständig. An der Diskussion beteiligten sich alle „Anwesender“ und es kam zum Ausdruck, daß die Tagungsteilnehmer als Kämpfer fürs Handwerk geschlossen zusammenstehen müßten. Das Festlied würdigte diese Geschlossenheit auch mit den Worten „Ehrfürcht'sgruß Euch, liebe Meister, die Ihr hier erschienen auch, zu vereinen unsre Geister“ — in weitestem Maße.

Mit nur 151 Delegierten, die 5640 Stimmen haargenau vertraten, war der Bund aufmarschiert. Die ausgezählte Stimmenzahl ergibt für jeden Delegierten 37 zu vertretende Mitglieder, eine Leistung, die dem Bund nicht so leicht eine „Arbeitnehmer“-Organisation nachmacht. Da es beim Bund aber nur „vertretungsberechtigte“ Mitglieder außer den Fleischermeisterehrenmitgliedern gibt, ist damit aber auch gleichzeitig festgestellt, daß er einschließlich der Verfarjerinnen nur 5640 Mitglieder hat. Im Geschäftsbericht, der auch diesmal sehr dürftig und bescheiden ist, berichtet der Bund vom „gewaltigen“ Aufschwung seit der Tagung 1928 in Bingen. Wir registrieren deshalb, daß in Bingen die Mitgliederzahl mit 6300 bei einem Kassenbestand von 112362,02 Mk. und in Breslau 5450 Mitglieder bei einem Kassenbestand von 37278,59 Mk. zu ver-

zeichnen sind. Das ist eine jamase Rückwärtsentwicklung innerhalb 2 Jahren, die nur bei den Bundesgrößen den Ausschlag so gewaltig erscheinen läßt. Bei der angeborenen Bundeslogik nimmt es nicht wunder, daß der Bund mit angenommenen Zahlen über seinen Mitglieder- und Kassenschwund hinwegtäuschen will. In seinem Geschäftsbericht stellt er fest, daß am Schlusse des Jahres 1929 157 Tarifverträge für 27 473 Betriebe bestanden hätten, die sich auf 21 825 Beschäftigte „erstrecken“. Der Bund hat sich schon von jeher gern mit Zahlen gebrüht, die ernsthaft gar nicht beweisen kann. Diese „Tarifstatistik“ wird nur zu dem Zwecke aufgemacht, um über seinen wahren Mitgliederbestand von nur 5460 hinwegzutäuschen, oder aber, was auch sehr wahrscheinlich ist, in der Stresemannstraße in Berlin findet sich schon selbst niemand mehr aus. Wie mag die Bundesleitung in Schwulsttäten gekommen sein, als der Antrag Leipzig zur Abstimmung vorlag, der in Zukunft öffentliche Abrechnung über die Mitgliederzahlen verlangte. Von der gegenwärtigen Generation wird niemand erleben, daß dieser Antrag durchgeführt wird!

Böttcherstreik bei Dinter, Breslau

Bei der Firma Dinter in Breslau legten die dort beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder, da die Firma die zur Zeit bestehende Tariflosigkeit ausnützen will, um einen Lohnabbau von 17 bis 20 Pf. pro Stunde herbeizuführen. Außerdem sollen auch andere Erwerbsbedingungen radikal abgebaut werden. Zu diesem Zweck wird den Arbeitern ein Arbeitsvertrag vorgelegt, der sehr stark an Zeiten erinnert, in denen die Arbeiterschaft noch nichts mitzureden hatte. In dem Vertrag heißt es unter anderem, daß der Stundenlohn 95 Pf. beträgt, Differenzbeträge zur Krankenkasse, Unfall, Termin, Beerdigung usw. nicht vergütet werden, daß Urlaub nur nach dem Ermessen der Firma gewährt wird, und auch nur dann, wenn ein guter Geschäftsgang einen Gewinn garantiert. Die Geschlossenheit der Kollegen wird die Willkürherrschaft dieses Unternehmers brechen. Sie darin zu unterstützen, ist Pflicht aller organisierten Kollegen.

Aufforderung zum Tarifbruch

Recht geschmacklos ist die Aufforderung zur Umgehung der tariflich festgesetzten Kündigungszeit, die seitens der „Mitteldeutschen Küferzeitung“ den Böttcher- und Küfermeistern anempfohlen wird.

Bei einer kurzen Betrachtung der augenblicklich schweren wirtschaftlichen Lage hält sie es mit Rücksicht darauf, daß kein Arbeitgeber infolge der unsicher eingehenden Aufträge längere Anstellungen vornehmen könnte, für angebracht, kurzfristige Arbeitsverträge abzuschließen. Beschränkten Böttcher- und Küfermeistern gibt sie gleich einen Tipp mit auf den Weg; denn „bei der Zeitansetzung ist es wichtig, die Dauer der Anstellung vertraglich festzulegen und im Vertrag klar zum Ausdruck zu bringen, daß es sich nur um eine Aushilfsstellung mit beschränkter Dauer handelt. Bei unbekanntem Angestellten kann man die Anstellung auf Zeit auch noch von einer kurzen Probezeit abhängig machen, welche ebenfalls im Vertrag schriftlich auf eine Zeit festgesetzt werden kann.“

Dieses Geschreibsel fordert also nicht nur zum offenen Tarifbruch auf, sondern will weiter für das schäblichste Mittel, dem Unterschreiben sog. Reversse Stimmung machen. Der arbeitslose Böttcher- oder Küfergeselle soll dem Arbeitgeber auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert werden und dann erst „angestellt“ werden können, wenn er sich unterschreibt mit einer kürzeren Kündigungszeit einverstanden erklärt, als sie der Tarifvertrag vorsieht. Wir haben alle Ursache, unsere Unterschrift zu verweigern, weil sie dann einer Verzichtsleistung gleichkommt. Wird aber die Einstellung von der Unterschrift abhängig gemacht, dann ist sie nichtig, weil der Arbeitgeber die Notlage des Arbeitslosen für sich vorteilhaft ausnützen will. Und das ist sittenwidrig.

Leichtfertiger Umgang mit deutscher Volksnahrung

Die Böhninger-Mühle in Niederlahnstein wurde vom Kampfmeyer-Konzern aufgekauft und am 28. September 1929 stillgelegt. Die Arbeiter wurden entlassen. Im März 1930 wurden etwa 500 000 Zentner Roggen in der Böhninger-Mühle eingelagert, und zwar etwa 2 bis 3 Meter hoch, ohne daß die Frucht überhaupt gelüftet und umgeschichtet wurde. Dieser Roggen wurde zu Stützungswecken vom Reich in Ostdeutschland aufgekauft.

Vor kurzer Zeit wurden nun die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt zur Verarbeitung der Frucht, die bereits verdorben war. Mit vierzünftigen Hacken mußte der Roggen, der vollständig verbrannt war, losgeschlagen und aufgekauft und als Nahrungsmittel nicht mehr zu gebrauchen war. Er soll jetzt als Futtermittel verwandt werden. Bei richtiger Behandlung des Roggens wäre es möglich gewesen, mindestens den Winter über mit Brot zu versorgen. So wird auf der einen Seite mit den Arbeitskräften gespart und auf der andern Seite mit der Ware herumgeäfft. — Ob das das Sparsystem der gegenwärtigen Regierung sein soll?? — Nicht genug, daß die Arbeiter, die nunmehr die Ware verarbeiten sollen, auch noch an Bronchial- und Lungenerkrankung infolge der ausströmenden Gase erheblich erkrankt sind. Aus Furcht vor Entlassung trauen sie sich noch nicht einmal erwerbsunfähig zu melden.

Wir fragen hiermit an, wer für den entstandenen Schaden aufkommt. Etwa die breite Masse des Volkes oder diejenigen, die willkürlich den Schaden verursacht haben, nämlich der Kampfmeyer-Konzern.

„Einkommen“ der Schwerverdiener

Jeder Spießer und jede Stammtischrunde können sich über die Senkung der Reichsausgaben (Sociallasten!) und den Abbau der Löhne der Arbeiterschaft nicht genug ereifern. Allen voran ist es die deutsche Industrie, die für sich das moralische Entrüstungsrecht über die „hohen“ Einkommen der Arbeitenden in Anspruch nimmt. Im Chor der Runde dürfen natürlich auch die Wirtschaftsparteiler und Zunfttrauer nicht fehlen. Bei dem geringen Einkommen der Arbeiter und den hohen Einkünften der Direktoren nehmen sich diese wie lumpige Trinkgelber aus. Also registrieren wir.

Generaldirektor Böglner vom Ruhr-Montan-Trust hat jährlich mindestens 400 000 Mk. Bezüge. C. von Siemens als Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn braucht keine Bezüge zu haben wie er mit seinen schweren Aufwandsentschädigungen durchkommt. Sein Einkommen läßt sich überhaupt nicht beziffern. Zu seinem eigenen Vergnügen unterhält er in seiner Villa einen eigenen Konzertsaal und läßt zum Verteilen seiner Sorgen das Berliner Philharmonische Orchester spielen. Große Festessen umrahmen das ganze würdig. Generaldirektor Koettgen erhält „nur“ mehr als 250 000 Mk. pro Jahr. Ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank erhält jährliche Bezüge von 350 000 Mk., Direktoren der Zentrale von 100 000 Mk. und Prokuristen 60 000 Mark im Jahre. Ein verstorbener Generaldirektor einer ostelbischen Braunkohlengesellschaft hatte jährlich 250 000 Mk. „Gehalt“ und ein Generaldirektor einer privaten Elektro- und Gasgesellschaft Bezüge von 100 000 Mk.

Keine Bange, diese Herrschaften ernähren sich nicht von „Schwan im Blauband“-Margarine, auch kein Gefrierfleisch macht ihre Suppen kräftig. Das Beispiel des Herrn von Siemens zeigt, wie angenehm diese ihr Dasein verschönern können. Sie alle sind Angehörige des Interessentenhaufens, die den Lohnabbau der Arbeiter täglich erneut propagieren!

Likörabsatz stark gesunken

In der „Destillateur-Zeitung“ Nr. 112 wird das Ergebnis einer Umfrage über den Absatzrückgang bei den Berliner Likörfabrikanten und Weinhändlern veröffentlicht. Die Umfrage erstreckte sich auf den Jahres- und auf den im Monat Juli getätigten Umsatz. Als Vergleich wird der im Monat Juli festgestellte Absatz herangezogen mit dem Ergebnis, daß, wenn der Absatz im Juli des Vorjahres mit 100 gesetzt wird, der Absatz im gleichen Monat dieses Jahres nur 70,83 beträgt. Diese Absatzverminderung hat, wie in derselben Umfrage festgestellt wurde, auch Rückwirkungen auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl der im Juli 1929 beschäftigten Arbeiter ebenfalls gleich 100 gesetzt, ergibt, daß im Juli 1930 nur noch 80,85 beschäftigt werden. Bei den Angestellten ist das Vergleichsverhältnis eine Kleinigkeit besser.

Ein berichtiger Irrtum

Der Fahrer Ludwig Reese, beschäftigt bei den Nordwestdeutschen Hefe- und Spritwerken in Hameln, verunglückte beim Getreideeinfahren am 13. August 1929 tödlich. Der Unfall wurde der Berufsgenossenschaft für Landwirtschaft angemeldet und sonderbarerweise auch angenommen. Die Hinterbliebenenrente für Frau Reese wurde auf 17 Mk. monatlich festgesetzt. Reese wurde im Jahr an einigen Tagen auf Stunden in der Landwirtschaft beschäftigt, so auch am Unglückstag. Frau Reese legte gegen den Rentenbescheid Berufung ein, die zurückgewiesen wurde. Im letzten Augenblick wandte sie sich an unsere Organisation, deren Vertreter beantragte, den Fall Reese der Berufsgenossenschaft für Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie zuzuweisen. Von dieser Berufs-

genossenschaft wurde jedoch die Zuständigkeit be-

stritten. Auch der Vertreter der Berufsgenossenschaft für Land-
wirtschaft hatte sich diesem Antrag angeschlossen. Die
Verhandlungen wurden daraufhin vertagt, weil der Vor-
sitzende wünschte, daß der genaue Jahresverdienst des
verunglückten Koll. Reese festgestellt werde. Der betrug
einschließlich der geleisteten Ueberstunden 2158,57 Mk.
In der nochmaligen Verhandlung wurde hervor-
gehoben, daß ja der Verdienst es schon aus-
reichte, daß Reese im gewerblichen Betrieb beschäftigt
war, so daß hier eine unbillige Härte und ein Rechts-
irrtum vorliege. Nach Beratung verkündete das Ge-
richt, der Fall Reese wird zwecks Zahlung der
Hinterbliebenenrente und sonstigen Bezüge der Be-
rufsgenossenschaft für Molkerei-, Brennerei- und
Stärke-Industrie zugewiesen. Die Rente erhöhte sich
demzufolge von 17 Mk. pro Monat auf 35,97 Mk. oder
rund 19 Mk. mehr als bei der falschen Zuweisung.
Auch das Sterbegehalt wird sich erhöhen. In diesem
Zusammenhang ist es notwendig, darauf hinzuweisen,
daß unsere Kollegen sich auch um die Angehörigen
verunglückter Mitarbeiter kümmern und sie beraten
müssen. Insbesondere ist dies ein Gebiet für die ge-
setzlichen Betriebsvertretungen, die ihr Augenmerk auf
solche Vorkommnisse richten müssen, damit nicht durch
Irrtümer den Hinterbliebenen unermesslicher Schaden
entsteht.

Eine Stimme der Vernunft

Auf einer Bostoner Halbjahresversammlung der
Nationalen Vereinigung der Baumwollfabrikanten
gelebte der Vorsitzende die Engstirnigkeit weiter
Kreise der Wirtschaftsführer. Er führte aus: „Die In-
dustrie ist von dem Gerichtshof der öffentlichen Mei-
nung einer Untersuchung unterzogen und der gewohn-
heitsmäßigen Mißachtung der Gesetze der Wirtschaft
und des gesunden Menschenverstandes schuldig be-
funden worden. Wir müssen heute, sofort, aufhören,
gegen die anerkannten Prinzipien und Gesetze der
modernen industriellen Entwicklung ungehorsam zu
sein!“

Zur Erreichung dieses Zieles stellte er folgende
Grundsätze auf, die auch zur Beherzigung den deut-
schen Unternehmern empfohlen sind: „Du sollst die
Industrie aus dem Niveau der langen Arbeitszeit
herausheben; denn dadurch wird die Kluft zwischen
Produktion und Nachfrage verkleinert und die Ent-
wicklung mit der Tendenz zum sozialen Fortschritt in
Einklang gebracht. Du sollst das Einkommen deines
Personales nicht schmälern, denn das Gesetz der
industriellen Prosperität ist die Erhaltung der Kauf-
kraft. Du sollst Befähigung zur Geschäftsführung allem
anderen voranstellen; du sollst frische junge Kräfte in
die Industrie ziehen und diese ermuntern, es nicht so
zu machen, wie es stets gemacht worden ist, sondern
wie es am besten zu machen ist. Du sollst nicht nur
durch Preise, sondern durch Neuerungen konkurrieren;
denn heute sind die industriellen Fortschritte das Tor
zum Sieg im Kampf ums Dasein und zur Führer-
schaft.“

Viele dieser Wahrheiten decken sich mit der Auf-
fassung der Gewerkschaften, die im Interesse der Ge-
samtwirtschaft liegt. Ob aber das deutsche Unter-
nehmertum dieser über das große Wasser gekommenen
Wahrheit auch ihr Ohr leiht?

Schlechte Aussichten

Die Anzeichen mehren sich, aus denen zu erkennen
ist, daß im kommenden Herbst und Winter die
Brauereien und die dort beschäftigten Arbeitnehmer
stark unter der Auswirkung der Biersteuererhöhung
und der überaus schlechten Wirtschaftslage zu
leiden haben werden. Das Statistische Reichsamt
berichtete, daß der Absatz von Bier im ersten Viertel
des Rechnungsjahres 1930/31 gegenüber der gleichen
Zeit des Vorjahres um 600 000 Hektoliter, von 15,31
auf 14,69 Millionen Hektoliter zurückgegangen ist.
Diesem Rückgang entspricht auch das vom Reichs-
finanzministerium veröffentlichte und von uns bereits
mitgeteilte Ergebnis des Biersteuerauskommens, das,
obwohl eine nahezu fünfzigprozentige Erhöhung ein-
gebracht ist, im Monat Juli nur 1,6 Proz. mehr er-
brachte als im gleichen Monat des Vorjahres. In
den Rahmen dieser Berichte fügen sich die aus allen
Teilen des Reiches einlaufenden Meldungen, daß die
Brauereien und auch viele Betriebe in den anderen
Getränkindustrien dazu übergehen, die Arbeitszeit
zu verkürzen, Feiertagen einzulegen und teilweise
sogar Entlassungen vorzunehmen.

Der Absatzrückgang hält auch noch im zweiten
Vierteljahr an. In dem monatlichen Situations-
bericht über die Lage in der rheinisch-westfälischen
Brauindustrie wird auch für den Monat August ein
verminderter Absatz von rund 20 Proz. angegeben
und dabei bemerkt, daß die durch die Notverordnung
eingeführte Erhöhung der Gemeindebiersteuer den
Absatz in Zukunft wesentlich beeinträchtigen werde.
Hinzu kommt noch, daß die Arbeitslosigkeit in diesem
Winter einen noch größeren Umfang annehmen wird
als im Vorjahr. Der dadurch verursachte Kaufkraft-
ausfall trifft in allererster Linie den Bierkonsum.

Heimat und Dichter

Von Georg Runert

„Am grauen Strand, am grauen Meer
Und seitab liegt die Stadt;
Der Nebel drückt die Dächer schwer,
Und durch die Stille braust das Meer
Eintönig um die Stadt.“

Wild und hart brandet die Nordsee gegen die Deiche,
die Menschenhände zum Schutze des Landes geschaffen
haben. Die Wellen stürmen heran, gleiten wuchtig am
Deich hoch, bersten und strömen rauschend zurück,
grauen Schlamm hinterlassend, den der unermüdete
Mensch in harter Arbeit hier dem Meere als neuen
Boden, als neues Land abringt. In grauer Ferne
erkennen wir Umrisse der Insel Nordstrand, die dem
Gesamtbild einen recht interessanten Hintergrund
geben. Marsch und Moor, Meer, Watten und Inseln,
Geest und Heide, Windmühlen, die ihre Flügel drehen,
Störche und Schwalben, nachts der Ruf der Wild-
gans, das sind die Eigenarten einer Landschaft, die
die „graue Stadt am Meer“ innig mit ihr verbindet.
Es ist Husum. Ein Gewerkschaftsgenosse der dortigen
recht guten Gewerkschaftsbewegung führt uns. Seine
Kenntnisse über Land und Leute machen uns Freude.
Wir kommen dabei auch auf den Dichter Theodor
Storm zu sprechen, ein Name, der für alle Zeiten mit
der Stadt, ihrer Landschaft und Geschichte verbunden
ist. Hier schlug Storm in Haus und Heimat fest und
zäh seine Wurzeln. Er war ein freier Friese, seine

Morgendämmerung

Da lebt es und regt sich
und webet am Licht,
da sinken Gestirne
in ein Ewiges zurück,
da werkelt eine Menschheit
in frühem Bemühn
wie schweißige Ewigie
am ewigen Licht.

Wilhelm Brongis

Vorfahren, ob sie nun auf ihrer Mühle oder im
Patrizierhaus gelessen haben, sind unabhängig ge-
wesen und hatten sich nie etwas befehlen lassen. In
dieser niederdeutschen zähen Natur steckt Kraft,
Leidenschaft, Entschiedenheit; nur bis zu einem ge-
wissen Punkte gab sie nach. Bei all seiner konser-
vativen Gebundenheit hatte er ein empfindliches
Freiheits- und Persönlichkeitsgefühl. Wie die der-
zeitige Bürgerschaft war er politisch liberal. Er hatte
den preußischen Hofgarde- und Lakaiengeist und sagte
der Sippschaft, die nicht zum Volke gehörte, derb seine
Meinung. Aus seiner Ueberzeugung machte er keinen
Hehl — ein Mann der nicht fragte: was kommt da-
nach? sondern nur: ist es recht? Selbst als Amts-
gerichtsrat in einer Stadt wie Husum zog er ruhig
alle Konsequenzen, als er mit der Kirche und ihren
Lehren nicht mehr mit konnte. Von hier aus begreift
man, daß der „Hauspoet mit der Familienteekanne“,
der Idylliker zum unerbittlichen Tragiker ward. Im
Zusammentreffen mit dem Herkommen der respekt-
tierten Ordnung und seinem innersten Persönlichkeits-
recht gab es tragische Konflikte, die gerade bei der
Starrheit dieser Natur nicht mehr zum Biegen sondern
nur zum Brechen führten. Bitteres Leid und eigene
schwere Schicksale hatten dem Erzähler Storm für
solche Konflikte die Augen geöffnet. So wurden seine
Altersnovellen Carsten Curator, Aquis submersus,
Psyche immer herber, bedeutender, tragischer. Es ist
falsch, in Storm einen bloßen anmutigen Miniatur-
maler oder ein Spezialtalent zu sehen. Niemand wird
bestreiten, daß seine Welt nur eng ist, daß sie aus-
schließlich die Gemütsphäre umfaßt. Reisen war ihm
fremd, dem Großstädtertum war er innerlich ab-
geneigt, das richtige war und blieb für ihn eben
Husum. Diesen engen Kreis beherrschte er ganz, hier
entdeckte er große Mannigfaltigkeit der Gestalten und
Konflikte, hier grub er in der Tiefe und wich keiner
Tragik aus. Jedoch steht seine Lyrik über seiner
Novellenliteratur. Eine blutvolle, aber immer herz-
liche und künstlerisch gebänderte Sinnlichkeit glüht
heimlich in manchen seiner Strophen („Rote Rose
Leidenschaft“). Aber auch töstliche Grobheit gab Storm
in dichterische Formen, wie folgende Strophen aus
dem Gedicht „Für meine Söhne“ erkennen lassen.

Hehle nimmer mit der Wahrheit!
Bringt sie Leid nicht bringt sie Reue;
Doch weil Wahrheit eine Perle,
Wirf sie auch nicht vor die Säue.

Blüte edelsten Gemütes ist die Rücksicht,
Doch zu Zeiten sind erfrischend wie Gewitter
Goldne Rücksichtslosigkeit.

* Gewalt des Wassers.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Gestohlenes Mitgliedsbuch. Dem Kollegen Otto Walther,
geboren am 27. Juni 1893, eingetreten am 25. März 1924 in
Bremen, Buchnummer 257 702, wurde sein Mitgliedsbuch
gestohlen. Beim Vorzeigen ist es einzuziehen und dem Ver-
bandsvorstand einzusenden.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 14. September 1930 bis 20. September 1930.

(Vollständige der Hauptkasse: Berlin 12 070, Nahrungsmittel- und
Getränkarbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)

Ortsgruppen:

- Achim 100,—, Erlangen 206,15, Minden 750,—, Pfullingen
630,—, Queblinburg 100,—, Thannhausen 627,—, Koblenz 51,25,
Zeigai 500,—, Heilbronn 25,25, Düsselhof 1615,15, München
8119,81, Uda 350,—, Wiesbaden 29,50, Stuttgart 8638,57, Breg
800,—, Freiburg i. Br. 700,—, Garmisch 800,—, Meßbach 750,—,
Wilhelmshafen 250,—, Schweinfurt 500,—, Rittau 500,—, Amdau
26,—, Dresden 10 000,—, Krefeld 1500,—, Wiesbaden 1000,—, Bam-
berg 800,—, Eßlingen 250,—, Wühlhausen i. S. 500,—, Weisbrunn
2000,—, Solgminde 150,—, Zubigslust 500,—, Potsdam 400,—,
Elbek 1000,—, Breslau 17,70, Friedrichstadt 150,—, Ludenwalde
800,—, Ortelburg 60,—, Queblinburg 100,—, Reichenbach i. Schlef.
250,—, Sagan 100,—, Breslau 15,—, Chemnitz 4000,—, Dortmund
4000,—, Herford 1000,—, Döbenburg 1000,—, Göttingen 340,—,
Kellinghufen 240,—, Landshut i. N. 795,—, Lüben 100,—, Pfaffen-
heim 400,—, Sangerhausen 500,—, Weisweils 800,—, Rön (N. S.)
8000,—, Frankfurt (Main) 4647,40.

Sonstiges:

- Berlin 5452,20 und 20,—, Rülch 6,—, Berlin 68,28 und 3,70 und
47,40, Ober-Gleichenbrunn 1,80, Dresden 1,43, Großenhain 2,70.

Korrespondenzen

Königsberg. Der Magistrat beabsichtigt, im hiesigen
Schlachthof Modernisierungsneubauten auszuführen. Die
Lustkühlungsanlage erfordert die Summe von 92 500 Mark,
das Maschinenhaus 22 400 Mark, die Warm- und Kühl-
wasseranlage 67 000 Mk., das Kesselhaus 254 600 Mk., so daß
der Magistrat von den Stadtverordneten zu der bereits be-
willigten Bauumme noch 198 600 Mk. als Restsumme nach-
fordert.

Nürnberg-Fürth. Der Fürther Stadtrat hat beschlossen,
daß ab 1. Oktober 1930 das Schlachtgesetz durchzuführen ist.
Demzufolge ist auch das Betäubungsverfahren mit dem
Bolzenschussapparat eingeführt, das nur noch durch städtische
Angestellte oder Beamte erfolgen darf. Der findige Stadtrat
verlangt nun von allen Meßgern ab 1. Oktober 1930 eine
„Schußgebühr“ von 10 Pf. pro Rind, was nach Schätzungen
eine Jahreseinnahme für die Stadt Fürth von 5000 bis
6000 Mark ergibt. Im Zeichen des „Preisabbaues“ und des
chronischen Finanzdalles der Gemeinden ist das eine Steuer,
die nicht unwesentlich zur weiteren Fleischverteuerung führen
wird, weil ja neben dieser noch die Schlachtsteuer läuft.

Wolfach. Von einem schweren Verlust wurde die hiesige
Ortsgruppe betroffen. Der Kassierer der Ortsgruppe, Josef
Schierer, der nicht nur im Verband, sondern auch in allen
anderen Sparten der Arbeiterbewegung an vorderster Stelle
stand und vor einiger Zeit auch zum Stadtverordneten ge-
wählt wurde, ist während seines Urlaubs gestorben. Dem
erst 28jährigen Kollegen trauert die organisierte Arbeiter-
schaft des ganzen Bezirks nach.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Krankenkassenersparnisse durch die Notverordnung. Der
Geschäftsführer des Krankenkassenverbandes, Odraß, be-
schäftigt sich in einem interessanten Artikel in Nr. 37 der
Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ mit den Ersparnissen bei
den Krankenkassen, die sich voraussichtlich durch die Notver-
ordnung einstellen werden. Mit genauem Material aus-
gerüstet, geht Odraß jeden einzelnen Posten durch und
kommt nicht wie die Reichsregierung zu einem Einsparungs-
ergebnis von 200 Millionen Mark, sondern nur zu 130,5
Millionen Mark. Von dieser Summe gehen aber die Beträge
ab, die durch Einnahmefall und Ausgabensteigerungen
in Höhe von 26,3 Millionen Mark in Rechnung zu stellen
sind, so daß lediglich eine Entlastung von 104 Millionen
Mark, also die Hälfte der durch die Regierung veranschlagten
Summe übrig bleiben. Allerdings ergibt sich durch die Ver-
minderung der Rücklage von 1 Proz. eine weitere Ersparung
von 33 Millionen Mark, aber, da die Krankenkassen diesen
Betrag wieder in die Wirtschaft hineinstecken, kann von einer
eigentlichen Ersparung gar keine Rede sein. Viel wesentlicher
ist es, daß der Krankenstand aus ganz natürlichen Gründen
gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Aber schon längst
vorher, ehe noch die Notverordnung in Kraft trat, war diese
Tatsache bekannt. Sie steht also mit ihr in gar keinem Zu-
sammenhang. Es steht vielmehr fest, daß die Reichsregierung
bei ihrer „Reform“ der Sozialversicherung einen bösen Rein-
fall erlebt hat und sich gewaltig verrechnet.

Verlustabschluß bei der „Oflag“. Wie jetzt bekannt wird,
hat die „Oflag“ (Ostpreussische Fleischwarenwerke A.-G.), die
mit Unterstützung des Reiches gegründet worden ist, das
Geschäftsjahr 1929 mit einem Verlust von 146 787 Mk. ab-
geschlossen. Neuerdings sollen die Ostpreussischen Fleisch-
warenwerke A.-G. mit der englischen Organisation „Armour
and Company Ltd.“ zum Zwecke der Durchführung des Bacon-
vertriebes für die „Oflag“ in England, Irland und den eng-
lischen Kolonien einen Vertrag getätigt haben. Durch diesen
Vertrag hofft man, die in Aussicht genommene Jahres-
kapazität der gesamten Fleischwerke von etwa 125 000
Schweinen zu übertreffen. Alle Gerüchte, wonach die
„Oflag“-Erzeugnisse sowohl in Deutschland wie auf dem
übrigen europäischen Kontinent durch die Armour and Comp.
vertrieben werden sollen, entbehren jeder Grundlage.

Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Der Stadtrat von Zürich hat dem Magistrat den Entwurf einer Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit im Bereiche der Stadt Zürich vorgelegt. Die Versicherung würde etwa 69 000 Personen im Alter von 16 bis 60 Jahren umfassen und eine Ausgabe von 1 380 000 Franken jährlich verursachen. Die Unterstufungssätze sollen zwischen mindestens 4 Franken und höchstens 9,60 Franken täglich betragen.

Volksbegehren in Oesterreich. Die Sozialdemokratische Partei in Verbindung mit den freien Gewerkschaften verlangt über den Weg des Volksbegehrens die Einführung der Alters- und Arbeitslosenversicherung. Nach dem Gesetz sind für das Volksbegehren 200 000 Stimmen notwendig, und bei der Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung bereitet es keine Schwierigkeiten, diese aufzubringen. Mit dem Volksbegehren selbst wird auch in Oesterreich der Kampf um eine neue Wirtschaftsgebarung und ein soziales System ausgetämpft.

Kampf um eine Mehlsteuer in Oesterreich. Auch in Oesterreich werden seit mehreren Jahren Mittel gesucht, um die Agrarkrise zu lösen. Durch die Zerstückelung des früheren einheitlichen österreich-ungarischen Wirtschaftsgebietes ist Oesterreich vorwiegend Industrieland geworden und auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, namentlich Getreide, angewiesen. Auch leidet die Mühlenindustrie wegen der erheblichen Mehleinfuhr aus Ungarn.

Die Regierung kam auf den Gedanken, eine Sondersteuer auf alle in- und ausländischen Mahlprodukte einzuführen. Diese Steuer sollte 15 Groschen pro Kilogramm betragen und macht etwa 25 Proz. des jetzigen Mehl- bzw. Brotpreises aus. Nach den Berechnungen sollte diese Steuer einen Jahresertrag von 110 Millionen Schilling bringen, wovon die Landwirtschaft drei Viertel und die Mühlenindustrie ein Viertel als Subvention erhalten. Dieser Steuerplan stellte eine Konjunktursteuer von unerhörtem Ausmaße dar. Die Regierung hat die Sachverständigen von Unternehmern, Konsumenten und Arbeitern gehört. Die Vertreter der Konsumenten und der Arbeiter, zum Teil auch von der Industrie haben sich auf das schärfste gegen die Einführung einer derartigen ungerechten Steuer gewandt und daraufhin ließ die Regierung ihren Steuerplan fallen.

Weinumsatz in Frankreich. Das Internationale Weinbüro in Paris veröffentlicht einen Bericht, wonach wohl immer mehr Wein erzeugt, aber weniger getrunken wird. Es werden dafür drei Gründe angeführt. Einmal heißt es, seien es die hohen Preise und die fehlende Propaganda, wie sie für andere Getränke, Bier, Mineralwasser, Kaffee und Tee einfließt. Die durchschnittliche Weinerzeugung ist von etwa 800 Liter im Jahre auf 40 Liter im Jahre 1909 auf über 1000 Liter im Jahre 1929 gestiegen. Seit 1900 hat sich der Weinbau außerdem weitere 500 000 Hektar erschlossen. In der gleichen Zeit hat aber der Weingenuß überall bedeutend abgenommen und ist in Frankreich, dem ersten Weinland der Welt, von 150 Liter pro Kopf im Jahre 1925 auf 130 Liter pro Kopf 1929 gesunken.

Die deutsche Landwirtschaft liefert zu wenig! Nach einer Schätzung des Institutes für Marktforschung werden von 68 Milliarden Mark Gesamtjahresertrag des deutschen Volkes etwa 20 Milliarden für in Deutschland erzeugte

Lebensmittel aufgewendet. Es können aber nur für 16,5 Milliarden Mark Nahrungsmittel zurzeit in Deutschland gedeckt werden. Es hat also die deutsche Landwirtschaft eine Abjahrsreserve von 3,5 Milliarden Mark. Die Landwirtschaft wird daraus die nötigen Schlüsse ziehen müssen und diese sind geführender als alle Subventionen.

Fleischbeschau für Wild und Geflügel? Auf einer in Dresden tagenden Sitzung des „Reichsverbandes der Deutschen Gemeindefleischer“ wurde die Forderung erhoben, die Fleischbeschau auch auf Wild und Geflügel auszudehnen, das bisher nur der gewöhnlichen Fleischüberwachung unterliegt. Eine Ueberwachung durch Tierärzte sei in Anbetracht der großen Mengen — in Berlin allein gelangten in den Jahren 1925 bis 1928 durchschnittlich 30 000 bis 70 000 Kilogramm in den Handel — unbedingt notwendig. Weiterhin wurde gefordert, die großen Geflügelgeschlächtereien ebenfalls der Fleischbeschau zu unterstellen und später gegebenenfalls auch die Fische.

Kosten der Rheinlandbesatzung. Das Reich mußte für die Kosten der Rheinlandbesatzung aufkommen und dafür die ungeheure Summe von 6,6 Milliarden Mark bezahlen. Zu dieser Summe treten aber noch weitere 2 Milliarden für persönliche und sachliche Aufwendungen des Reiches hinzu für die durch die Besatzung bedingten Behörden und sonstige Leistungen des Reiches, so u. a. Saargängerunterstützungen, Beamtenzuschüsse, kulturelle Fürsorge usw. Jetzt endlich ist durch die Räumung der besetzten Gebiete die seit 1918 betriebene Verständigungspolitik gekrönt worden, freilich gegen den Willen der Feinde der Republik.

Allgemeine Rundschau

Vierzig Jahre Berliner Volksbühne und zehn Jahre Volksbühnenverband. In diesen Tagen kann die Berliner Volksbühne auf ein vierzigjähriges und der Deutsche Volksbühnenverband auf ein zehnjähriges Jubiläum zurückblicken. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich die Volksbühne entwickelt, nicht ohne daß Polizeischikanen und die Macht des alten Obrigkeitsstaates der Entwicklung größten Widerstand entgegengesetzt hätten. Heute erhebt sich stolz am Bülowplatz in Berlin das eigene Theater der Volksbühne, weithin kündend, daß die Kunst dem Volke gehört. Es war möglich, durch eine Besucherorganisation, wie sie die „Volksbühne“ darstellt, eine bewußte Theaterpolitik betreiben zu können, deren revolutionäre Gedanken von ehedem Gemeingut geworden sind. Von Berlin aus verpflanzte sich der Gedanke der Volksbühnenbewegung hinaus ins Land und konnte zur Gründung des Volksbühnenverbandes führen, dem heute eine stattliche Anzahl Vereine angehören. Auf der in der Zeit vom 19. bis 21. September in Berlin stattgefundenen Kundgebung sprachen namhafte Führer der Volksbühnenbewegung, unter anderen auch der preussische Minister Adolf Grimme und der Dichter Gerhart Hauptmann. Aber auch über Deutschlands Grenzen hinaus war der Gedanke der Volksbühnenbewegung bohnbrechend, der schließlich anlässlich der beiden Jubiläen zur Gründung einer Volksbühnen-Internationalen führte. Ein norwegischer Vertreter brachte auf der Tagung zum Ausdruck, daß die dortige Volksbühnenbewegung fast ausschließlich von den Gewerkschaften getragen wird, während in Belgien die Volksbühnenbewegung wenig Unterstützung durch

die Behörden findet. Mit Recht kann festgestellt werden, daß die Volksbühnenbewegung nicht nur die Theaterkultur gewaltig gefördert hat, sondern daß sie auch das Wort „Die Kunst dem Volke“ verwirklichte. Ihr ist es zu danken, daß der Arbeiterschaft das Theater eröffnet wurde, und sie kann der weiteren Unterstützung durch die Gewerkschaften sicher sein. Darum, hinein in die Volksbühne!

Wiederholung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden im Jahre 1931. Das Präsidium hat auf Grund zahlreicher Anregungen aus Kreisen der Wissenschaft, der Aussteller des In- und Auslandes und der Besucher den Vorschlag gemacht, die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 in der Zeit vom 15. Mai bis 30. September 1931 zu wiederholen, wobei beabsichtigt ist, den sachlichen Inhalt neu zu gestalten und zu erweitern. Maßgebend für den Gedanken der Wiederholung war die Tatsache des immer steigenden Besuches und die Erwägung, daß der wertvolle Inhalt der großen Ausstellung bei einer Wiederholung erst voll ausgewertet und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden kann. Der Rat hat bereits die Verlängerung des Garantievertrages beschlossen.

Sprachkurse. Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere fortgeschrittene Kurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mk. erhoben. Erwerbslose Kurssteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Literatur

Geschichte der Richter, Kürschner und Mägenmacher Deutschlands. Verfaßt von Heinrich Lange, Leipzig und Albert Regge, Berlin. Herausgegeben vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Berlin W 30, Neue Pflaumdorferstr. 14. 312 Seiten. Preis für Mitglieder 5 Mk., im Buchhandel 10 Mk. Die Verfasser dieser Geschichte haben es verstanden, das umfangreiche historische Material in leicht faßlicher und interessanter Weise zu behandeln. Neben der Schilderung der Berufs- und Organisationsverhältnisse werden in besonderen Kapiteln die Fragen der Hausindustrie und Betriebswerkstätten und der Kürschner-Internationalen bis zu ihrem Uebertritt zur Internationalen Bekleidungsarbeiterföderation behandelt. Im Inbegriff werden einige Kapitel, die als die ersten und bedeutungsvollsten der Branche zu betrachten sind, zum Ausdruck gebracht. Außerdem sind in dem Werke eine ganze Anzahl Illustrationen enthalten.

Jahrbuch 1929 des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verlag Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter, Hannover, Rathausplatz 3. Das Jahrbuch enthält neben einer allgemeinen Uebersicht über die Wirtschaftslage in Deutschland eine solche über die Industrie, für die der Fabrikarbeiterverband 1929 zuständig war. Außerdem wird eingehend berichtet über die Sozialpolitik im Jahre 1929, über die Entwicklung des Verbandes und seiner Gauen, sowie über die im Berichtsjahr getätigten Lohnbewegungen und Sachverträge.

Utopolis. Von Werner Kling. Roman. 248 Seiten. Verlag: Der Völkerring, Berlin SW 61. — Der Inhalt dieses Romans behandelt den Entwicklungsstadium zwischen Kapital und Arbeit. Bei diesem Kampf spielen technische Errungenschaften, die heute noch in das Land der Utopien gehören, die ausschlaggebende Rolle.

Gelesene Exemplare der 'Einigkeit' wirft man nicht fort, sondern gibt sie Unorganisierten!

Nachruf!
Aus seiner Heimat Siegrift (Oberpfalz), in der er seinen Urlaub verbrachte, kam ganz unerwartet die tiefberührende Nachricht, daß unser lieber Kollege
Josef Schiener,
Brauer, durch den Tod von uns gerufen wurde.
Der Herr Schiener war uns ein treuer und aufrichtiger Kollege, von jedem geschätzt und geachtet. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Angehörigen und Arbeiter der Firma R. Ketterer, Brauerei.
Ortsgruppe Solms. [5,40]

Nachruf!
Am Freitag, dem 19. Sept. 1930 verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, die Kollegin
Amalie Wiltgrube.
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Ortsgruppe Delfan. [2,40]

Nachruf!
Am 14. September 1930 verstarb unser Kollege, der Junge
Max Lorenz.
Wir werden seiner immer in Ehren gedenken.
Ortsgruppe Dörfelau. [2,10]

Unsern Kollegen **Tom Schneck** nebst seiner lieben Frau zu ihrer hochseligen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]
Die Kollegen der Waldschlösschen-Brauerei, Niederschönenfeld, Ortsgruppe Koblenz.

Unsern Kollegen **Gottl. Eißler** sowie seiner lieben Berta die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. **Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Hengstenberg, Eßlingen und Bitterfeld, Ortsgruppe Eßlingen.** [2,10]
Unsern Kollegen **Hans Singer** und **Max Wajchte** nebst ihren lieben Frauen zur hochseligen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]
Die Kollegen der Brauerei Schlegel, Scharpenfeld, Bochum und Ortsgruppe Bochum.

Unsern Kollegen **Karl Beller** sowie seiner lieben Frau **Sie el Reij** zu ihrer am 21. September stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]
Die freigeorganierten Kollegen der Königsbacher Brauerei, Koblenz, Ortsgruppe Koblenz.

Unsern Koll. **Michael Schmitt** zu seinem 65. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. [1,20]
Die Belegschaft der Kronen-Brauerei und die Ortsgruppe Eßen.

Unsern Koll. **Andreas Arnold** sowie seiner lieben Frau **Voni** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,20]
Sektion der Bäcker, Ortsgruppe Rosenheim.

Unsern Kollegen **Johannes Boff** und unserer Kollegen **Hilbe Erdmann** zu ihrer am Sonntag, dem 21. September 1930 stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Sektion Fleischer, Ortsgruppe Albenburg. [2,10]

Küper
21 Jahre alt sucht Stellung, bewandert in Biergeschäften.
Angebote an
Walter Suttmöller,
Osnabrück, Diehlstraße 26

Central-Kranken- u. Sterbefälle Deutscher Völkher und anderer gewerblicher Arbeiter
Die Würfel sind gefallen!
Das neue Krankenversicherungsgesetz ist mit Hilfe des § 48 erlassen und am 1. September 1930 in Kraft getreten. Es brachte derartige Verschlechterungen, daß ohne Hilfe einer Zusatzkasse unbedingt eine wirtschaftliche Not bei Krankheit und Unfall in der Familie eintreten muß. Mancher Kollege wird noch bedauern, den Zeitpunkt zum Beitritt verpaßt zu haben. Unsere Mitglieder gehören zum allergrößten Teil dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Bund an. Unser Publikationsorgan ist die „Einigkeit“.
Darum Kollegen, tretet unverzüglich bei!
Aufnahme bis 45. Lebensjahr, Eintrittsgeld 1,- Mk.
Beitrag: I. Kl. 0,40 Mk., II. Kl. 0,60 Mk. pro Woche
Unterstützung: I. Kl. 6,60 Mk., II. Kl. 9,90 Mk. pro Woche bis zu 26 Wochen, außerdem ein Sterbegeld
In über 60 Orten Deutschlands bestehen Zahlstellen, wo noch keine am Orte, wird vom Unterzeichneten jede Auskunft und Gründungsmaterial umgehend zugestellt.
An unsere Kollegen richten wir die Bitte, überall für die Gründung einer Zahlstelle und Werbung einzutreten. Überall muß auch eine Zahlstelle obiger Art vorhanden sein.

Innungskrankenkasse der Zwangsinnung für das Schlachterhandwerk und verwandte Handwerke in Hamburg

Bekanntmachung!
Den Arbeitgebern und Versicherten wird hiermit bekanntgegeben, daß die **Beiträge zur Krankenversicherung** mit Wirkung vom 1. September 1930 von 5 3/4 v. H. auf 5 v. H. ermäßigt sind (VII. Nachtrag).
Ferner weisen wir darauf hin, daß mit dem VIII. Nachtrag unserer Satzung diese mit der Notverordnung des Reichspräsidenten in Einklang gebracht ist. Die über das Maß der Regelleistungen der Notverordnung hinausgehenden Leistungen, namentlich bezüglich des Kranken- und Hausgeldes und der Familienhilfe, ergeben sich aus dem Satzungsnachtrag. Beide Nachträge und eine Tabelle über die nunmehr gültigen Beiträge und Leistungen können im Büro der Kasse abgefordert werden.
DER VORSTAND